

SRG SSR Wahlbaro- meter

Studienbericht

Oktober 2023

1	Aktuelle Wahlabsicht	3
1.1	SVP und SP im Aufwind – Grüne fallen weiter zurück	3
1.2	Dritter Platz bleibt umkämpft	5
1.3	Rechtsrutsch – jedoch nicht wie 2015	6
1.4	Deutsch- und französischsprachige Schweiz	7
1.5	Wählerwanderungen	9

2	Einschätzungen durch die Wählenden	11
2.1	Parteileitung und Sicherheit Wahlentscheid	11
2.2	Zuversicht und Wichtigkeit der Wahlen	14
2.3	Frauen- und Männerwahl	17

3	Themen, Herausforderungen und Ärgernisse	22
3.1	Krankenkassenprämien klar an erster Stelle	22
3.2	Herausforderungen nach Parteien	26
3.3	Die grössten Ärgernisse	29
3.4	Themen nach Bevölkerungsgruppen	32
3.5	Polarisierung und Zusammenhalt	40

4	Einschätzung von Bundesrat und Parlament	47
4.1	Bundesrat: Einfluss-Rating	47
4.2	Bundesrat: Sympathie-Rating	51
4.3	Ausrichtung der Räte	53
4.4	Zusammensetzung des Bundesrats	59

5	Profil der Wählenden	63
5.1	Demographie: Geschlecht und Alter	63
5.2	Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen	67
5.3	Selbstpositionierung auf der Links-rechts-Achse	71

6	Datenerhebung und Methode	73
----------	----------------------------------	-----------

IMPRESSUM

SRG SSR Wahlbarometer, 10/2023

Auftrag: SRG SSR

Ausführung: Sotomo, Dolderstrasse 24, 8032 Zürich.

Projektteam: Michael Hermann, Sarah Bütikofer, Virginia Wenger

Aktuelle Wahlabsicht

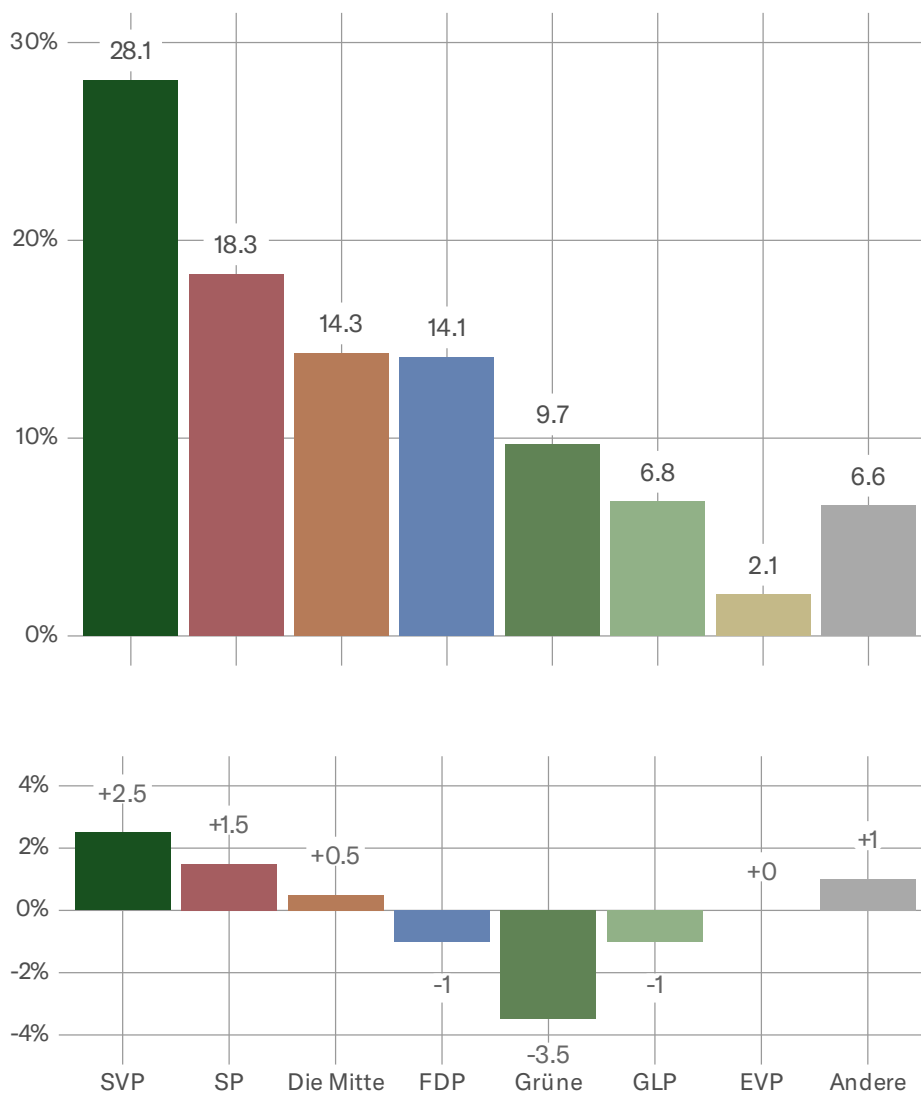
Das SRG Wahlbarometer zeigt die Wahlabsicht der Schweizer Stimmbevölkerung kurz vor den nationalen Wahlen vom 22. Oktober 2023. Die Datenerhebung erfolgte online zwischen dem 22. September und 5. Oktober 2023 via Panel von Sotomo sowie über die Online-Kanäle der SRG. Die Ergebnisse der Umfrage basieren auf 31'850 gültigen Teilnahmen und sind repräsentativ für die aktive Stimmbevölkerung der Schweiz.

1.1. SVP UND SP IM AUFWIND – GRÜNE FALLEN WEITER ZURÜCK

Einen Wähleranteil von 10 Prozent zu erreichen, ist das erklärte Wahlziel der Grünliberalen. Aktuell ist es jedoch wahrscheinlicher, dass die Grünen die 10-Prozent-Schwelle durchbrechen – allerdings in umgekehrter Richtung. Erstmals in dieser Legislatur weist das Wahlbarometer einen grünen Wähleranteil von weniger als 10 Prozent aus. Gemessen an der aktuellen Wahlabsicht verlieren die Grünen 3,5 Prozentpunkte und kommen lediglich auf 9,7 Prozent. Damit würde die Partei etwas mehr als die Hälfte ihrer Gewinne von 2019 wieder einbüßen. Mit je einem Prozentpunkt liegen aktuell auch die GLP und die FDP im Minus. Beide waren beim Wahlbarometer vor einem Jahr noch auf der Gewinnerseite – seither zeigt der Trend tendenziell nach unten. Während das grüne und liberale Spektrum in der Defensive ist, baut

die SVP ihren Vorsprung weiter aus. Gemäss Wahlabsicht wollen aktuell 28,1 Prozent die SVP wählen. Dies entspricht einem Plus von 2,5 Prozentpunkten. Ebenfalls einen Sprung nach vorne dürfte die SP machen. Sie erreicht aktuell mit einem Plus von 1,5 Prozentpunkten einen Wähleranteil von 18,3 Prozent. Ein Faktor für das gute Abschneiden der SP dürfte die Kommunikation der massiven Prämien erhöhungen durch den Bundesrat sein, die während der Datenerhebung erfolgte.

Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht (Abb. 1)



Falls das Wahlergebnis den geäusserten Wahlabsichten in dieser Umfrage entspricht, werden die Parteien, die 2019 verloren

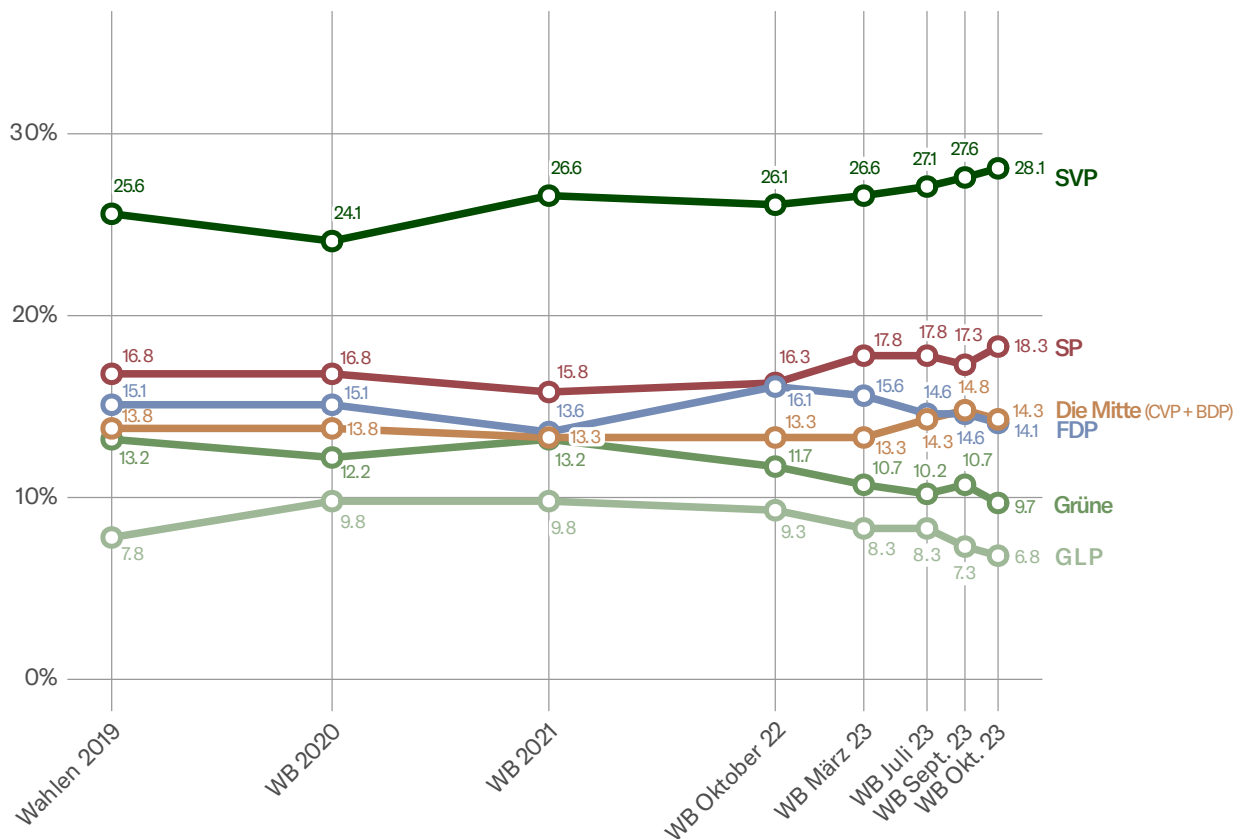
haben, 2023 zu den Gewinnern gehören und umgekehrt. Waren es letztes Mal eher die kleinen Parteien, die gewonnen haben, so sind es nun wieder die grösseren. Die wahrscheinlichste Ausnahme von diesem Muster ist die FDP, die das zweite Mal in Folge verlieren könnte. Dabei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass die Schätzgenauigkeit dieser Umfrage einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von $\pm 1,2$ Prozentpunkten entspricht. Die tatsächliche Abweichung der Sotomo-Umfragen vor den beiden letzten nationalen Wahlen lag bei durchschnittlich 0,69 Prozentpunkten pro Partei.

1.2. DRITTER PLATZ BLEIBT UMKÄMPFT

Zum dritten Mal in Folge liefern sich die Mitte und die FDP im Wahlbarometer ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den dritten Platz in der Wählergunst. Gemäss aktueller Wahlabsicht erreicht die Mitte einen Wähleranteil von 14,3 Prozent und ist damit praktisch gleichauf mit der FDP, die einen Wähleranteil von 14,1 Prozent erzielt. Dies heisst, dass beide Reihenfolgen ähnlich wahrscheinlich sind. Wichtig ist der dritte Platz vor allem aufgrund der verbreiteten Ansicht, dass die drei grössten Parteien je zwei Sitze im Bundesrat erhalten sollten und die viertgrösste einen.

Entwicklung der nationalen Wähleranteile (Abb. 2)

Nationalratswahlen 2019, SRG Wahlbarometer 2020, SRG Wahlbarometer 2021, SRG Wahlbarometer 2022, SRG Wahlbarometer 2023

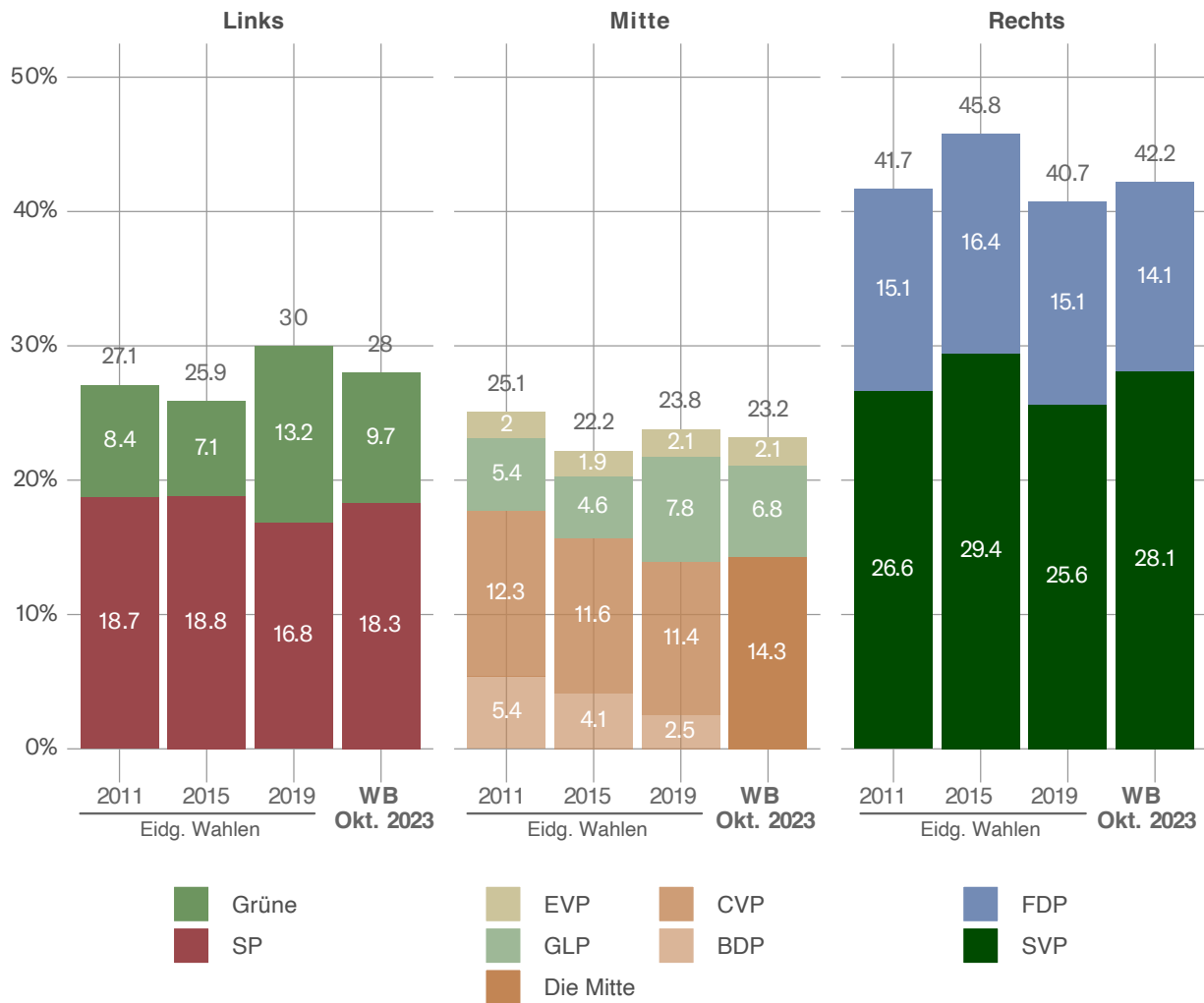


1.3. RECHTSRUTSCH – JEDOCH NICHT WIE 2015

Der erwartete Gewinn der SVP von 2,5 Prozentpunkten sowie der noch deutlichere Verlust der Grünen von 3,5 Punkten stehen für einen Rechtsrutsch. Dieser wird jedoch durch den Zuwachs bei der SP und die erwarteten leichten Verluste der FDP abgedämpft. Abbildung 3 zeigt, dass die Parteien rechts der Mitte gemäss aktueller Wahlabsicht deutlich weniger Wähleranteil erreichen als 2015. Damals war zuletzt von einem Rechtsrutsch die Rede. 2015 erreichten SVP und FDP zusammen 45,8 Prozent Wähleranteil. Gemäss aktueller Umfrage sind es 42,2 Prozent.

Entwicklung der nationalen Wähleranteile – politische Blöcke (Abb. 3)

Nationalratswahlen 2011, Nationalratswahlen 2015, Nationalratswahlen 2019, SRG Wahlbarometer 2023

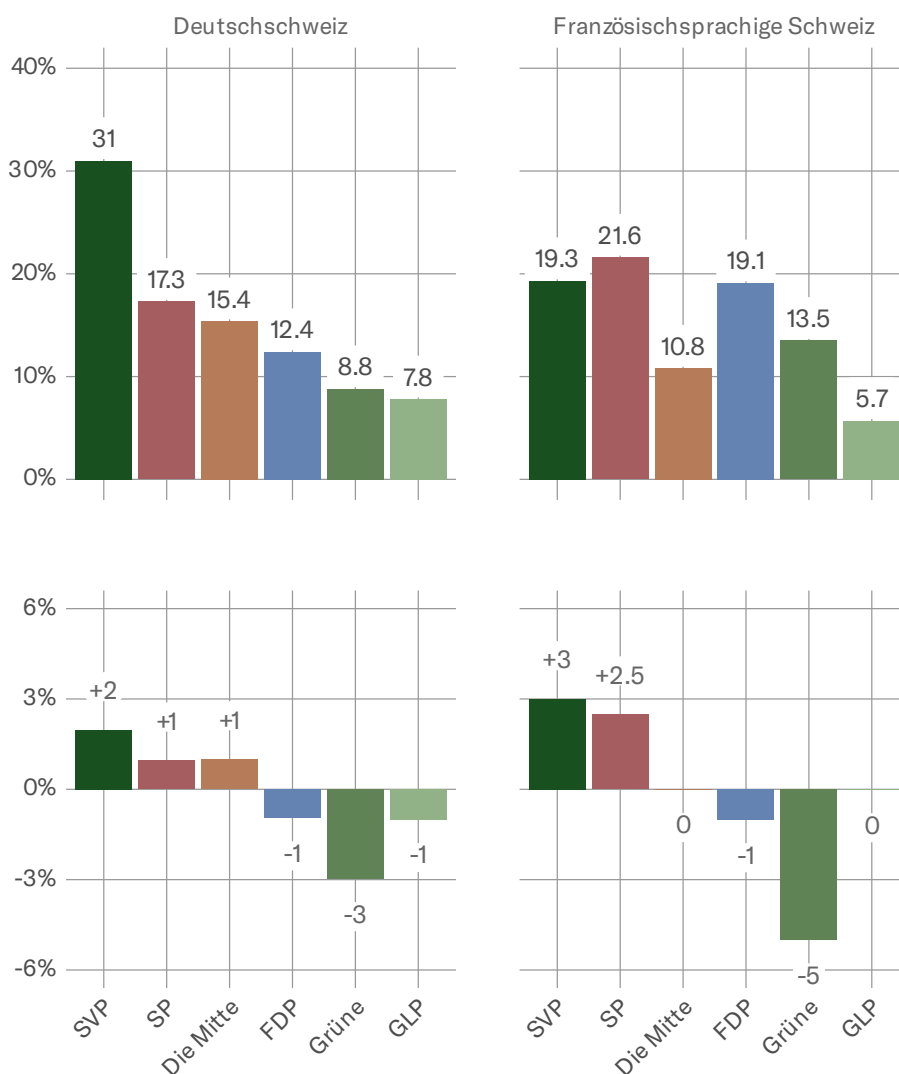


1.4. DEUTSCH- UND FRANZÖSISCHSPRACHIGE SCHWEIZ

Die erwartete Entwicklung der Wähleranteile in den beiden grossen Sprachregionen verläuft nur teilweise parallel. Grössere Unterschiede in den Trends zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz zeigen sich insbesondere bei den Grünen und der SP. Mit einem Minus von 5 Prozentpunkten ist der erwartete Verlust der Grünen in der Romandie viel grösser als in der Deutschschweiz (-3 Prozentpunkte). Im frankophonen Landesteil war der Zuwachs der Grünen 2019 mit einem

Plus von 9,3 Prozentpunkten jedoch fast doppelt so gross wie in der Deutschschweiz (+5,1 Prozentpunkte). Nun dürfte der Rückschlag im frankophonen Landesteil entsprechend grösser ausfallen. Spiegelbildlich dazu, wenn auch auf tieferem Niveau, verhält sich die Entwicklung der SP. Diese gewinnt in der französischsprachigen Schweiz gemäss Umfrage 2,5 Punkte und in der Deutschschweiz bloss einen Punkt. SP und Grüne verhalten sich wie kommunizierende Röhren: Je mehr die eine Partei gewinnt, desto mehr verliert die andere.

Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht – nach Sprachregionen (Abb. 4)



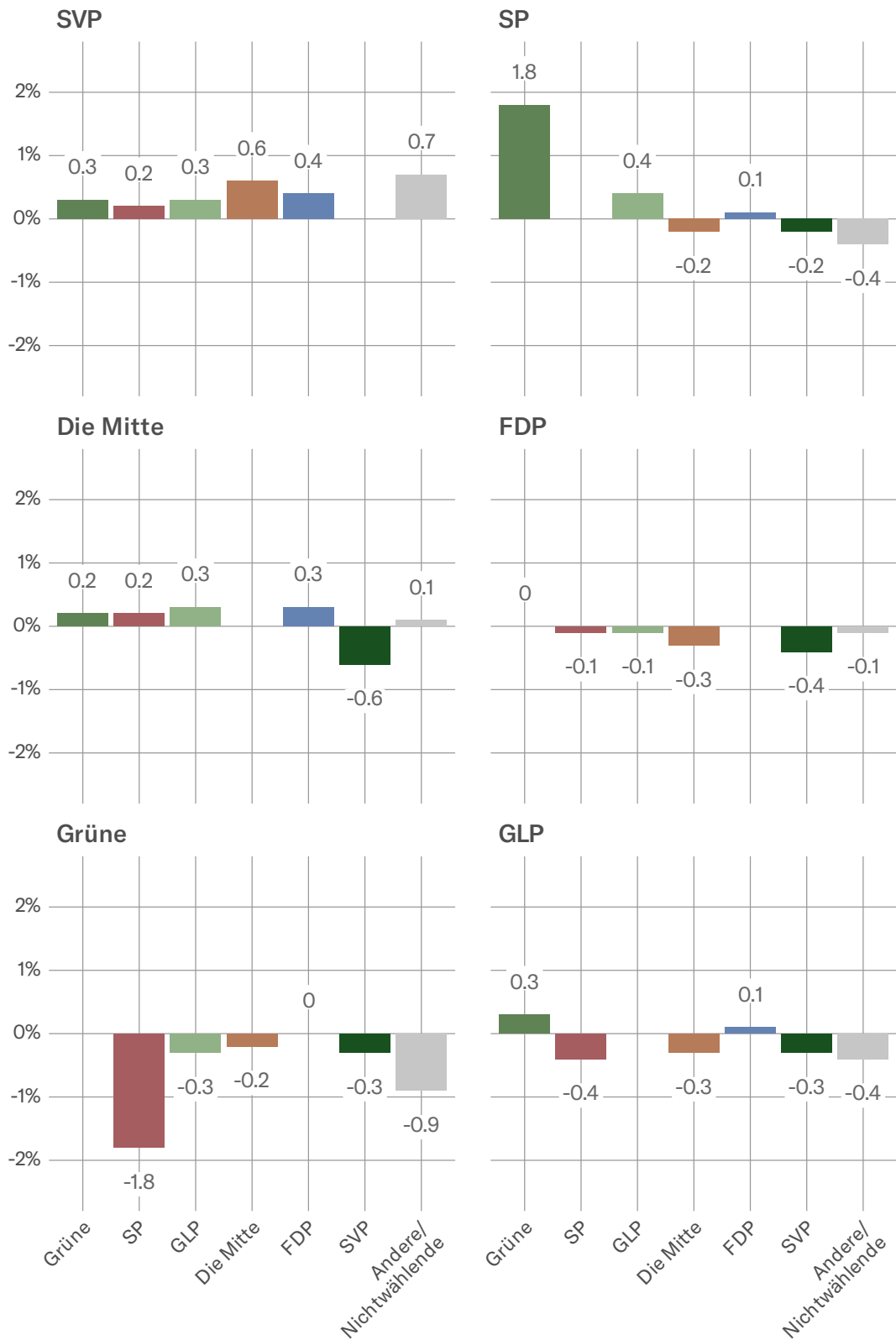
1.5. WÄHLERWANDERUNGEN

Abbildung 5 zeigt für jede der sechs grössten Parteien die Zu- und Abwanderungen zu den anderen fünf. Zusätzlich ist die Bilanz gegenüber den Nicht-Wählenden und weiterer Parteien dargestellt. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um den Anteil an der Gesamtwählerschaft.

Die mit Abstand grösste Verschiebung findet aktuell zwischen den Grünen und der SP statt. Die Grünen verlieren 1,8 Prozentpunkte an die Sozialdemokraten – dies entspricht der Hälfte ihrer Einbussen. Die Wählenden von SP und Grünen stehen sich politisch besonders nahe. Die Hürde zum Wechsel von einer Partei zur anderen ist deshalb tief. Wie in diesem Wahlbarometer gezeigt wird, haben soziale Themen seit 2019 aus Sicht der Wählenden an Dringlichkeit gewonnen, die Umweltthematik dagegen verloren. Eine Verschiebung von grün nach rot ist deshalb naheliegend. Einen Teil der Verluste der Grünen geht auf eine Demobilisierung sowie Verluste gegenüber den übrigen kleineren Parteien zurück (-0,9). Im Gegensatz zu den Grünen kann die SVP zusätzlich Wählende mobilisieren, die vor vier Jahren nicht gewählt haben. Ansonsten geht der Gewinn der SVP auf alle anderen grösseren Parteien zurück. Am meisten gewinnt sie von der Mitte (0,6). Die Mitte hat eine positive Bilanz gegenüber allen untersuchten Parteien ausser der SVP. Mit ihrem neuen, moderneren Auftritt kann sie von links und liberal Wählende gewinnen. Zugleich verliert sie tendenziell am konservativen Rand. Die FDP befindet sich in einer anspruchsvollen Sandwich-Situation. Sie droht nach links und nach rechts zu verlieren. Die GLP verzeichnet aktuell zwar leichte Gewinne gegenüber der FDP und den Grünen. Sie verliert jedoch gleichzeitig an die drei anderen grösseren Parteien.

Wählerwanderungen aus Sicht der sechs grössten Parteien (Abb. 5)

Dargestellt ist die Bilanz der Ab- und Zuwanderungen in Prozent aller Wählenden.



Einschätzungen durch die Wählenden

Dieses Kapitel zeigt verschiedene Einschätzungen durch die Wählenden der sechs grössten Parteien. Dabei geht es um die Parteileitung, die Ausrichtung sowie die Frage, ob eher Frauen oder Männer gewählt werden.

2.1. PARTEILEITUNG UND SICHERHEIT WAHLENTSCHEID

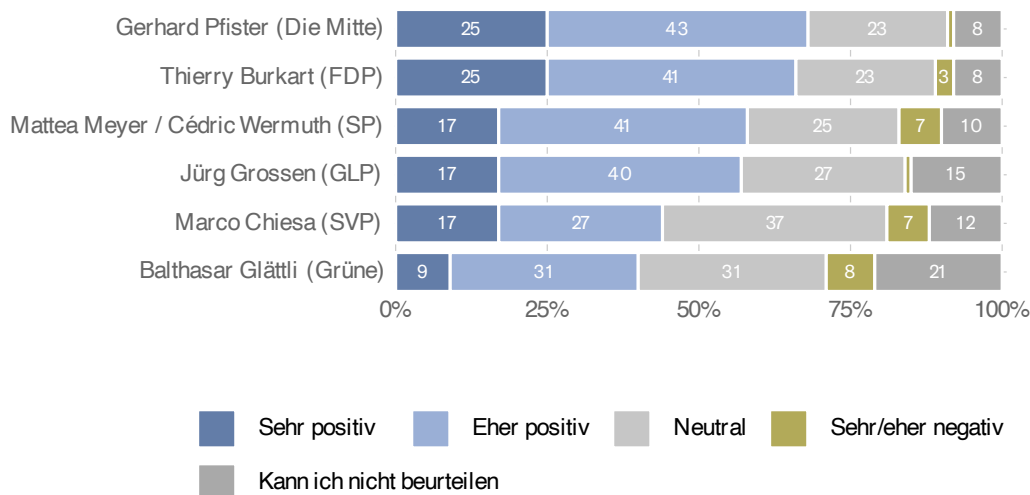
In der Schweiz sind die Parteipräsidentinnen und -präsidenten die wichtigsten Zugpferde und Aushängeschilder ihrer Parteien. Abbildung 6 zeigt die Einschätzung des Einflusses der Parteipräsidenten durch die Wählenden ihrer Parteien. Erstmals steht dabei Gerhard Pfister (Mitte) mit 68 Prozent positiven Einschätzungen an erster Stelle, knapp vor FDP-Präsident Thierry Burkart (FDP) mit 66 Prozent. Dass es bei den kommenden Wahlen ein enges Rennen zwischen Mitte und FDP geben könnte, kommt Pfister offenbar eher zu gut als Burkart.

Positive Trends zeigen sich zudem bei Mattea Meyer und Cédric Wermuth, dem Duo an der Spitze der SP, sowie bei Jürg Grossen. Trotz stetig besseren Umfragewerten der SVP sinkt die Einschätzung der Leistung von SVP-Präsident Marco Chiesa.

Das Schlusslicht bleibt Balthasar Glättli, der von 40 Prozent der Wählenden der Grünen als Partei-Zugpferd angesehen wird.

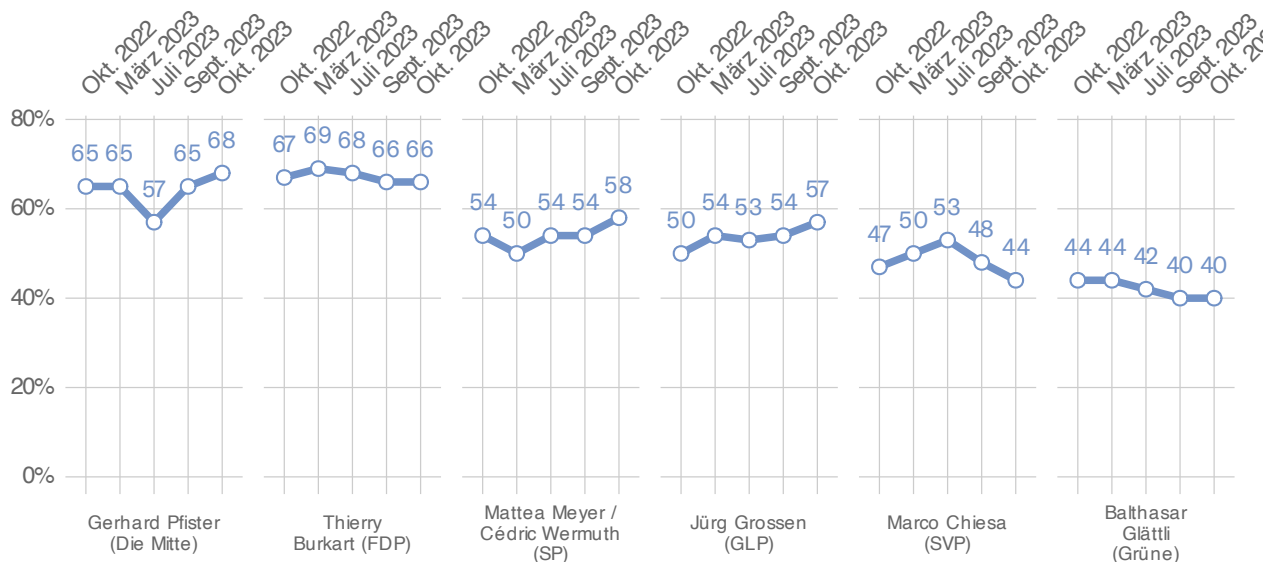
Einschätzung des Parteipräsidiums der gewählten Partei (Abb. 6)

Frage: «Wie beurteilen Sie den Einfluss des/der <Partei>-Präsident:in <Name> auf das Abschneiden der <Partei>?»



Einschätzung des Parteipräsidiums der gewählten Partei im Zeitverlauf (Abb. 7)

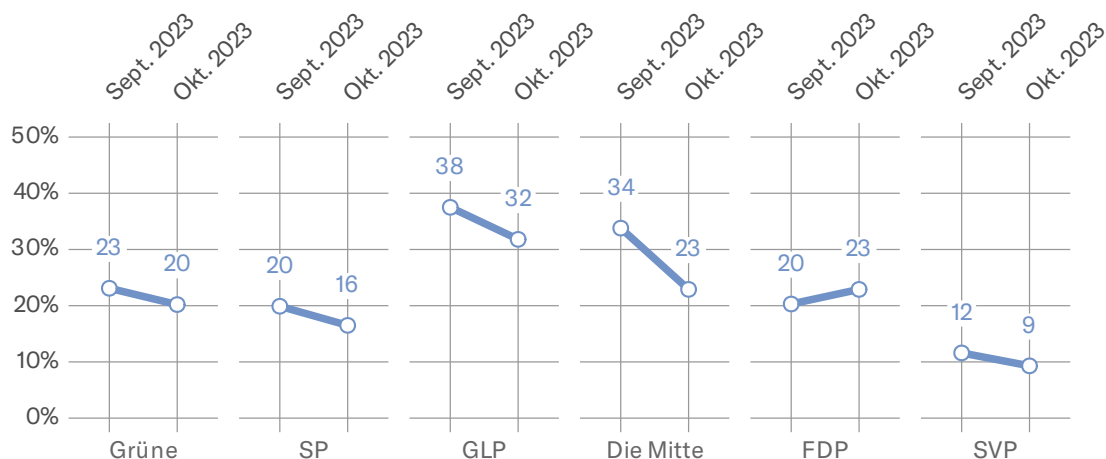
Frage: «Wie beurteilen Sie den Einfluss des/der <Partei>-Präsident:in <Name> auf das Abschneiden der <Partei>?»; Vergleich der Befragungen



Wenige Wochen vor der Wahl geben 82 Prozent der Wählenden an, ihre Entscheidung für eine Partei definitiv getroffen zu haben. Wie aus Abbildung 8 hervorgeht, sind sich insbesondere jene, die aktuell die Absicht haben, die SVP zu wählen, sicher, nicht mehr von ihrem Entscheid wegzukommen. Erwartungsgemäss ist im Vergleich zur Befragung vom Vormonat der Anteil, der sich noch nicht definitiv entschieden hat, gesunken. Der Meinungsbildungsprozess schreitet voran. Entgegen dem erwartbaren Trend ist der Anteil der Unsicheren bei der FDP jedoch gestiegen. Eine mögliche Erklärung hierfür ist die Kommunikation der Krankenkassenprämiensteigerung nach der Septemberbefragung. Diese hat womöglich gerade bei der FDP-Basis für Verunsicherung gesorgt. Besonders stark gesunken ist der Anteil der Unsicheren bei der Mitte, die ihre Identität unter neuem Namen offenbar festigen konnte und sich in der Prämienthematik länger schon positioniert hat. Weiterhin geben fast ein Drittel derer, die sich aktuell für die GLP aussprechen, an, möglicherweise von ihrem Entscheid wegzukommen. Bei den Grünliberalen bleibt die Volatilität kurz vor den Wahlen gross.

Unsicherheit bezüglich Wahlentscheid (Abb. 8)

«Wie sicher sind Sie bei Ihrem Entscheid für Ihre Partei?»; Antwort: «Es ist möglich, dass ich von diesem Entscheid noch abkomme»

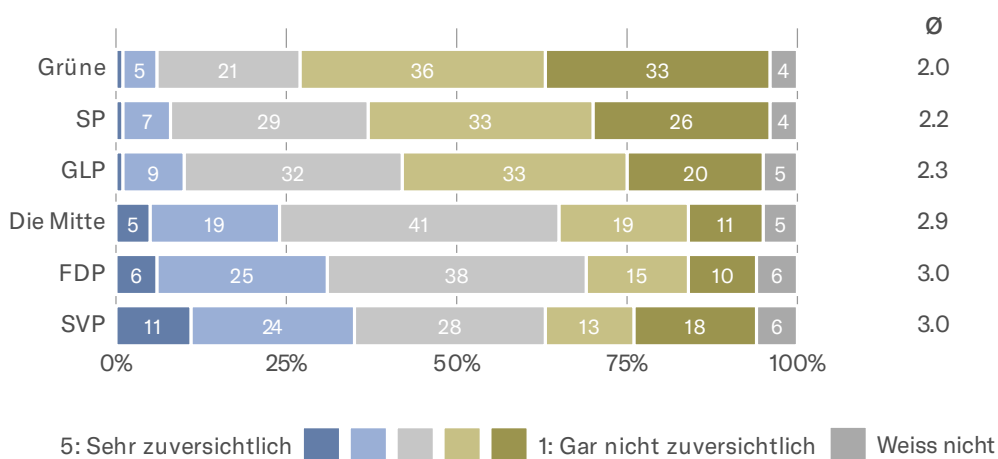


2.2. ZUVERSICHT UND WICHTIGKEIT DER WAHLEN

«Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung im Parlament nach den aktuellen Wahlen besser sein wird als heute?». Passend zu den aktuellen Umfragewerten, die einen Rechtsrutsch erwarten lassen, ist die Zuversicht auf der rechten und der Pessimismus auf der linken Seite grösser. Der Anteil, der zuversichtlich auf die Wahlen blickt, ist bei den Wählenden der SVP am grössten (35 %). Der Anteil, der pessimistisch auf die Wahlen blickt, ist dagegen bei den Grünen grösser (69 %). Wird die durchschnittliche Zuversicht aller Befragten als Referenz genommen, ist die Zuversicht bei der Wählerschaft der FDP gleich gross wie bei jener der SVP. Dies, obwohl die SVP erwartungsgemäss deutlich besser abschneiden wird als die FDP. Die Befragten berücksichtigen jedoch offenbar nicht nur das individuelle Abschneiden ihrer Partei, sondern auch die erwartete Veränderung der Stärkeverhältnisse im Parlament.

Zuversicht bezüglich Wahlausgang nach Parteiorientierung (Abb. 9)

«Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung im Parlament nach den aktuellen Wahlen besser sein wird als heute? (Von 1: Gar nicht zuversichtlich, bis 5: Sehr zuversichtlich)»

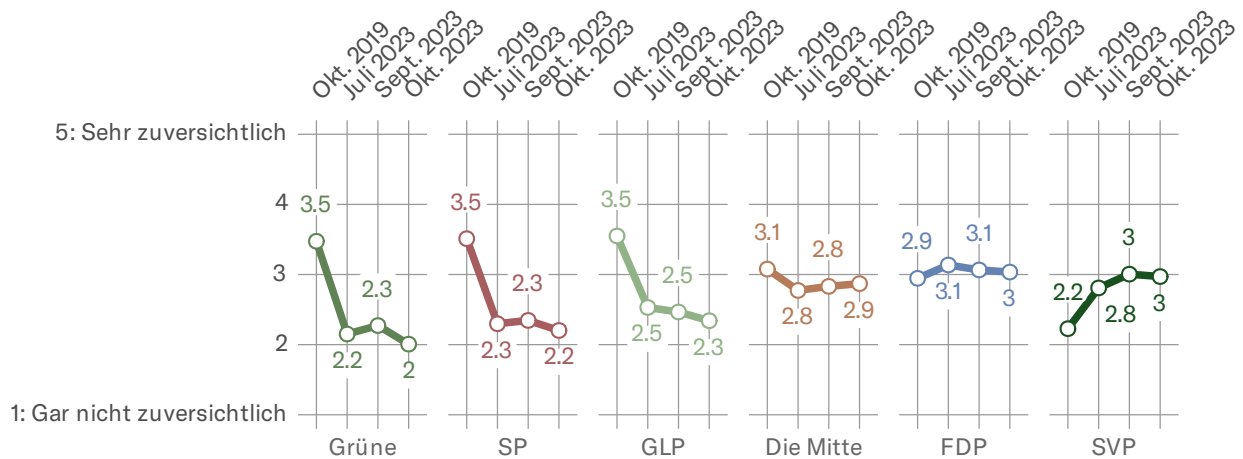


Im letzten halben Jahr hat die Zuversicht bei der SVP- und Mitte-Basis leicht zugenommen. Zurück ging sie bei den Grünen, der SP und der GLP. Interessant ist aber vor allem der

Kontrast zum letzten Wahlbarometer vor den Wahlen 2019. Bereits damals wurde die Frage nach der Zuversicht bezüglich dem Wahlausgang gestellt. 2019 herrschte grosse Zuversicht bei den Grünen, der SP sowie der GLP, während insbesondere die SVP-Basis pessimistisch war. Auffällig ist jedoch, dass die Zuversicht auf der rechten Seite weniger stark gestiegen ist, als sie auf der linken Seite zurückgegangen ist (siehe Abb. 10). Die ökologischen und linken Kräfte waren 2019 deutlich hoffnungsvoller als es die rechtsbürgerlichen Kräfte heute sind.

Zuversicht bezüglich Wahlausgang im Zeitverlauf – nach Parteipräferenz (Abb. 10)

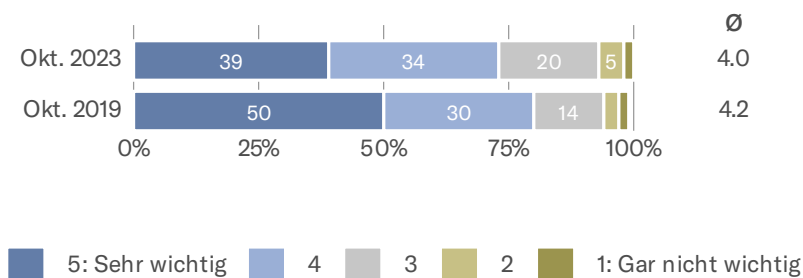
«Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Zusammensetzung im Parlament nach den aktuellen Wahlen besser sein wird als heute? (Von 1: Gar nicht zuversichtlich, bis 5: Sehr zuversichtlich)»



Geht es um die Bedeutung der Wahlen für die Zukunft der Schweiz zeigt sich ein deutlicher Rückgang im Vergleich zu den Einschätzungen von 2019. Vor vier Jahren waren vier von fünf Befragten der Ansicht, dass der Ausgang der Wahlen für die Zukunft der Schweiz (sehr) wichtig sei, die Hälfte betrachtete ihn gar als sehr wichtig. Dieser Anteil ging zurück, vierzig Prozent finden, dass der Ausgang der Wahlen sehr wichtig sei, ein Drittel findet es eher wichtig. Dies ist ein Indiz dafür, dass die Wahlbeteiligung im Vergleich zu den Wahlen eher sinken als steigen könnte.

Wichtigkeit der Wahl – 2019 und 2023 im Vergleich (Abb. 11)

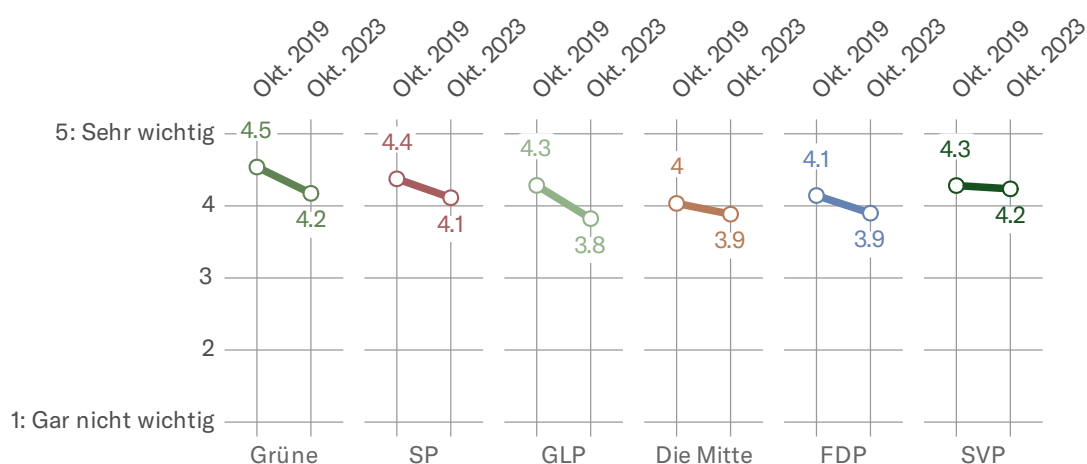
«Was denken Sie: Wie wichtig ist der Ausgang der ausstehenden Wahlen für die Zukunft der Schweiz?(Von 1: Gar nicht wichtig, bis 5: Sehr wichtig)»



Die Bedeutung der Wahlen für die Zukunft der Schweiz wird aktuell von den Wählenden aller Parteien als weniger wichtig eingeschätzt als im Oktober 2019. Der Rückgang der Dringlichkeit ist allerdings auf der linken Seite grösser als auf der rechten. Entsprechend anspruchsvoller ist dieses Jahr die Mobilisierung im linken und ökologischen Spektrum. Besonders markant ist der Rückgang in der Einschätzung der Wichtigkeit der Wahlen bei der Basis der Grünliberalen.

Wichtigkeit der Wahl – nach Parteien 2019 und 2023 (Abb. 12)

«Was denken Sie: Wie wichtig ist der Ausgang der ausstehenden Wahlen für die Zukunft der Schweiz?(Von 1: Gar nicht wichtig, bis 5: Sehr wichtig)»

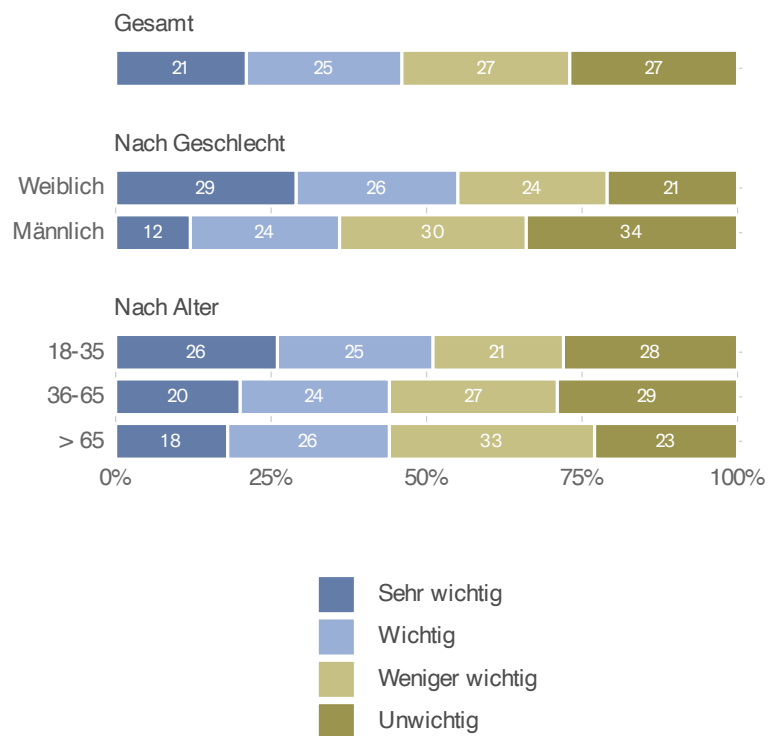


2.3. FRAUEN- UND MÄNNERWAHL

Im Nachgang zur Frauenwahl von 2019 haben diverse Analysen gezeigt, dass der Erfolg der Frauen zum einen auf die vielen Kandidatinnen in allen Parteien, zum anderen aber auch darauf zurückzuführen war, dass in einigen Parteiwählerschaften weibliche Kandidaturen sehr gezielt unterstützt wurden. Wählende haben mittels Kumulieren und Panaschieren dazu beigetragen, den Frauenanteil im Parlament zu erhöhen.

Wichtigkeit eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses im Nationalrat (Abb. 13)

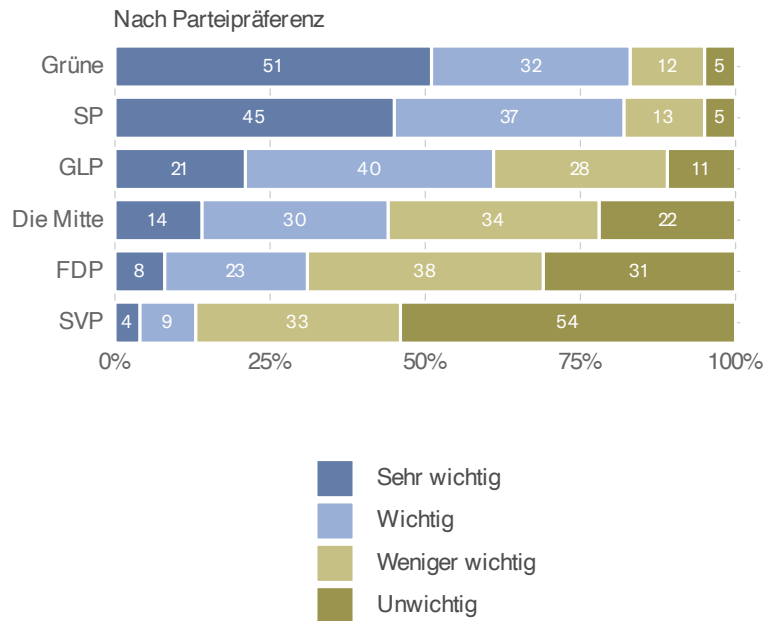
«Wie wichtig ist es Ihnen, dass im Nationalrat ungefähr gleich viele Frauen wie Männer vertreten sind?»



Für die anstehenden Wahlen gibt knapp die Hälfte der Befragten an, es wichtig zu finden, dass im Nationalrat ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis vorherrscht. Bei den Frauen sind es mit 55 Prozent über die Hälfte, die angeben, dass es ihnen wichtig ist, bei den Männern hingegen lediglich 36 Prozent. Jüngeren Personen ist ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis eher ein Anliegen als älteren.

Wichtigkeit eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses im Nationalrat – nach Parteipräferenz (Abb. 14)

«Wie wichtig ist es Ihnen, dass im Nationalrat ungefähr gleich viele Frauen wie Männer vertreten sind?»

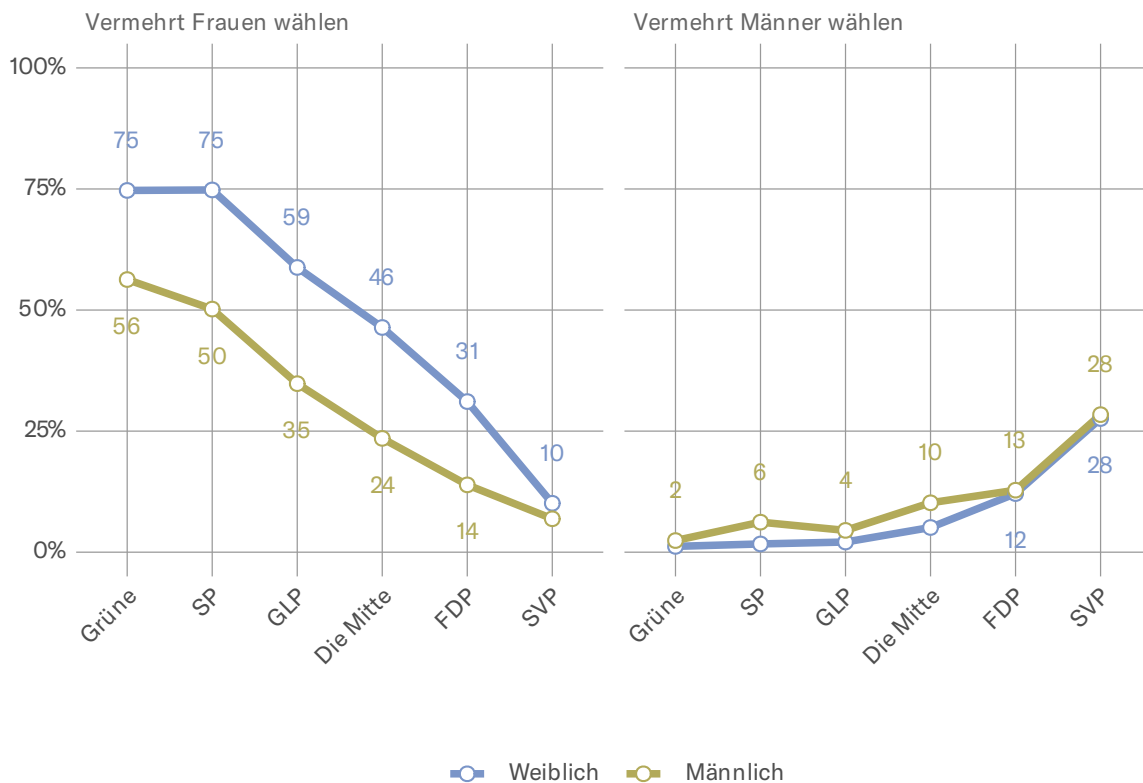


Parteilich zeigt sich ein deutliches Bild: Die Wählerschaft des links-grün-progressiven Lagers wünscht sich grossmehrheitlich ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis, den anderen Parteiwählerschaften ist es weniger wichtig (Abb. 14). Bei den Mitte-Wählenden liegt der Anteil, der ein ausgeglichenes Verhältnis der Geschlechter im Nationalrat wünscht, mit 44 Prozent deutlich höher als bei der FDP, wo er bei 31 Prozent liegt. Bei der SVP geben fast neunzig Prozent der Befragten an, dass ihnen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis nicht wichtig ist.

In Bezug auf die Wahl von Frauen bzw. Männern wurden die Befragten gefragt, ob sie auf ihrem Wahlzettel bewusst mehr Frauen- resp. Männernamen schreiben werden. Gut ein Drittel der Wählerschaft hat diese Absicht. Vergleicht man die Wählerinnen und Wähler der einzelnen Parteien, so zeigen sich allerdings deutliche Unterschiede in Bezug auf die Absicht, vermehrt Frauen bzw. Männer zu wählen (vgl. Abb. 15, linke Seite).

Vermehrte Wahl von Frauen und Männern – nach Geschlecht und Parteiorientierung (Abb. 15)

«Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?», «Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?»; Antworten «Ja» und «Eher ja»



Ausser bei der SVP wollen in allen Wählerschaften die Wählerinnen vermehrt Frauen wählen. Die Differenz zwischen den Wählerinnen und Wählern ist dabei auffällig gross. Bei allen Parteiwählerschaften ausser bei der SVP liegt der Anteil der Wählerinnen zwischen knapp 20 und rund 25 Prozentpunkten über dem Anteil der Wähler, der vermehrt Frauen wählt.

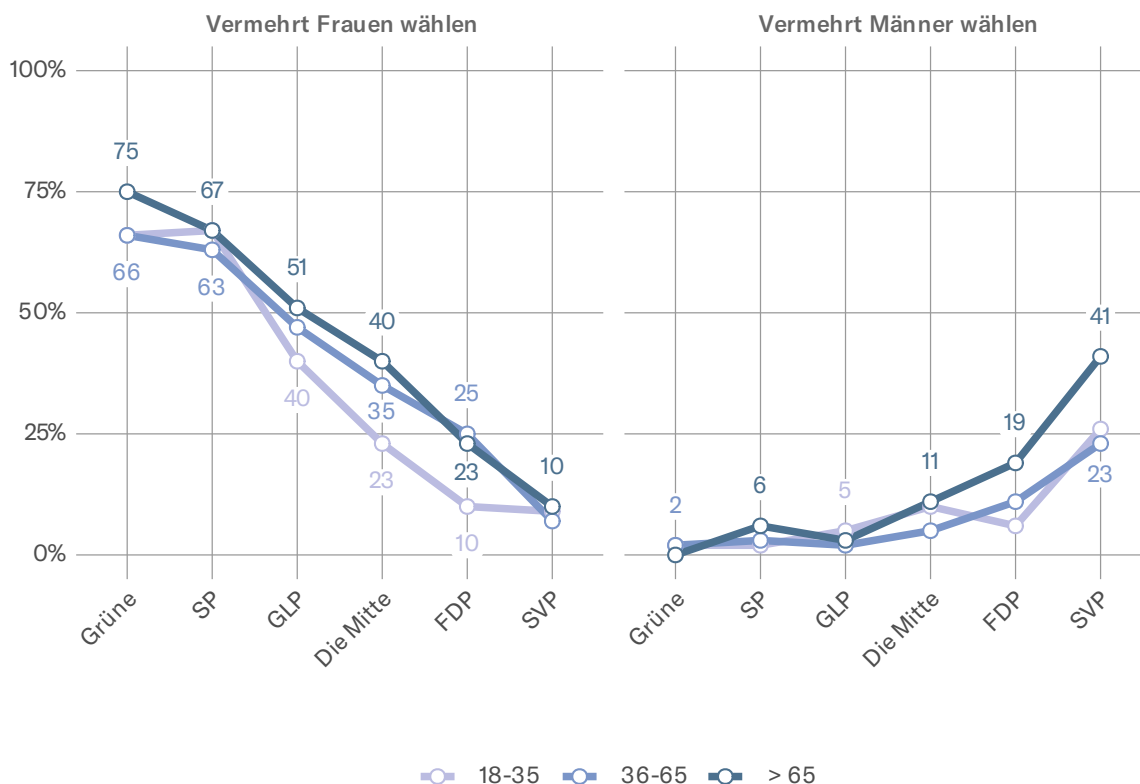
Konkret wollen drei Viertel der Wählerinnen der Grünen und der SP vermehrt Frauen wählen, allerdings auch (gut) die Hälfte der männlichen Wählerschaft dieser Parteien. Dies ist nicht weiter erstaunlich, es gibt zum einen in diesen Parteiwählerschaften mehr Wählerinnen als Wähler sowie einen hohen Anteil an Frauen auf den Wahllisten. Zum anderen sind Repräsentation und Gleichstellung wichtige Anliegen der politischen Linken.

Bei der GLP wollen fast sechzig Prozent der Wählerinnen, aber nur gut ein Drittel der Wähler vermehrt Frauen wählen, bei der

Mitte wollen fast die Hälfte der Wählerinnen und ein Viertel der Wähler auf Frauen setzen. Zudem gibt auch knapp ein Drittel der Wählerinnen der FDP an, vermehrt Frauen wählen zu wollen. Bei der SVP stösst diese Forderung auf wenig Unterstützung, nur jede zehnte Person ihrer Wählerschaft will auf Frauen setzen. Hingegen will rund ein Viertel sowohl der Wählerinnen wie Wähler der SVP vermehrt Männer wählen (vgl. Abb. 15, rechte Seite). Bei der SVP sind aber die Wahllisten so gestaltet, dass die Männer mit drei Viertel aller Kandidaturen ohnehin die grosse Mehrheit ausmachen. Von den links-grün-progressiven Wählerschaften setzt praktisch niemand vermehrt Kandidaten auf die Liste, bei der Mitte und der FDP tut dies rund jede zehnte Person der Wählerschaft, es zeigen sich aber keine Unterschiede zwischen den Wählerinnen und Wählern.

Vermehrte Wahl von Frauen und Männern – nach Alter und Parteiorientierung (Abb. 16)

«Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?», «Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?»; Antworten «Ja» und «Eher ja»

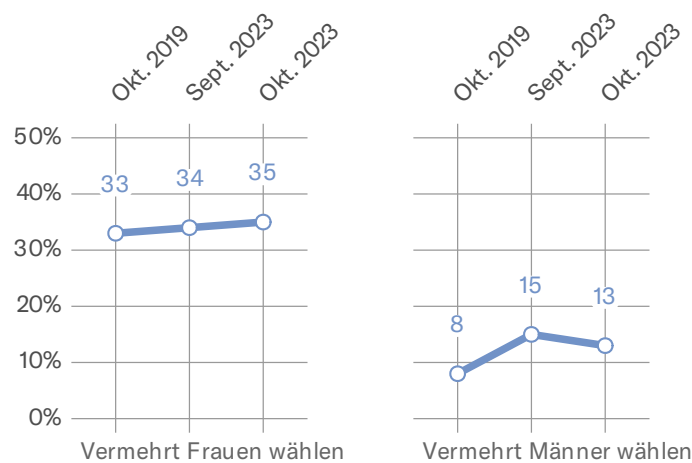


Wie die Darstellung links in Abbildung 16 zeigt, gibt es zwischen den Altersgruppen pro Parteiwählerschaft einige Unterschiede

in Bezug auf die Absicht, vermehrt auf Kandidatinnen setzen zu wollen. Es zeigt sich, dass die älteren Wählenden aller Parteien eher gewillt sind, Frauen zu wählen, als die jüngeren Altersgruppen. Am deutlichsten sind diese Unterschiede bei der GLP, der Mitte und der FDP festzustellen. Sowohl ältere GLP-Wählende wie auch ältere Wählende der Mitte und der FDP wollen eher vermehrt Frauen wählen als die jüngeren Wählenden dieser Parteien. Auf der rechten Seite in der Darstellung ist zu sehen, dass es ausser bei der SVP-Wählerschaft und deutlich weniger ausgeprägt bei der FDP nur kleine Unterschiede zwischen den Altersgruppen pro Parteiwählerschaft gibt in Bezug auf die Absicht, vermehrt auf Männer zu setzen. Bei der SVP-Wählerschaft hingegen zeigt sich ein deutlicher Unterschied, vorwiegend die Wählenden im Pensionsalter setzen vermehrt auf Männer.

Vermehrte Wahl von Frauen und Männern – Zeitvergleich (Abb. 17)

«Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Frauen wählen?», «Werden Sie bei den aktuellen Wahlen darauf achten, dass Sie vermehrt Männer wählen?»; Antworten «Ja» und «Eher ja»



Im Vergleich mit der Wahl von vor vier Jahren, als weniger als jede zehnte Person die Absicht hatte, vermehrt auf Kandidaten zu setzen, liegt dieser Anteil nun etwas höher bei 13 Prozent, wie aus Abbildung 17 hervorgeht. Der Anteil der Wählenden, die vermehrt Frauen unterstützen wollen, hat sich hingegen nicht verändert und liegt bei gut einem Drittel.

Themen, Herausforderungen und Ärgernisse

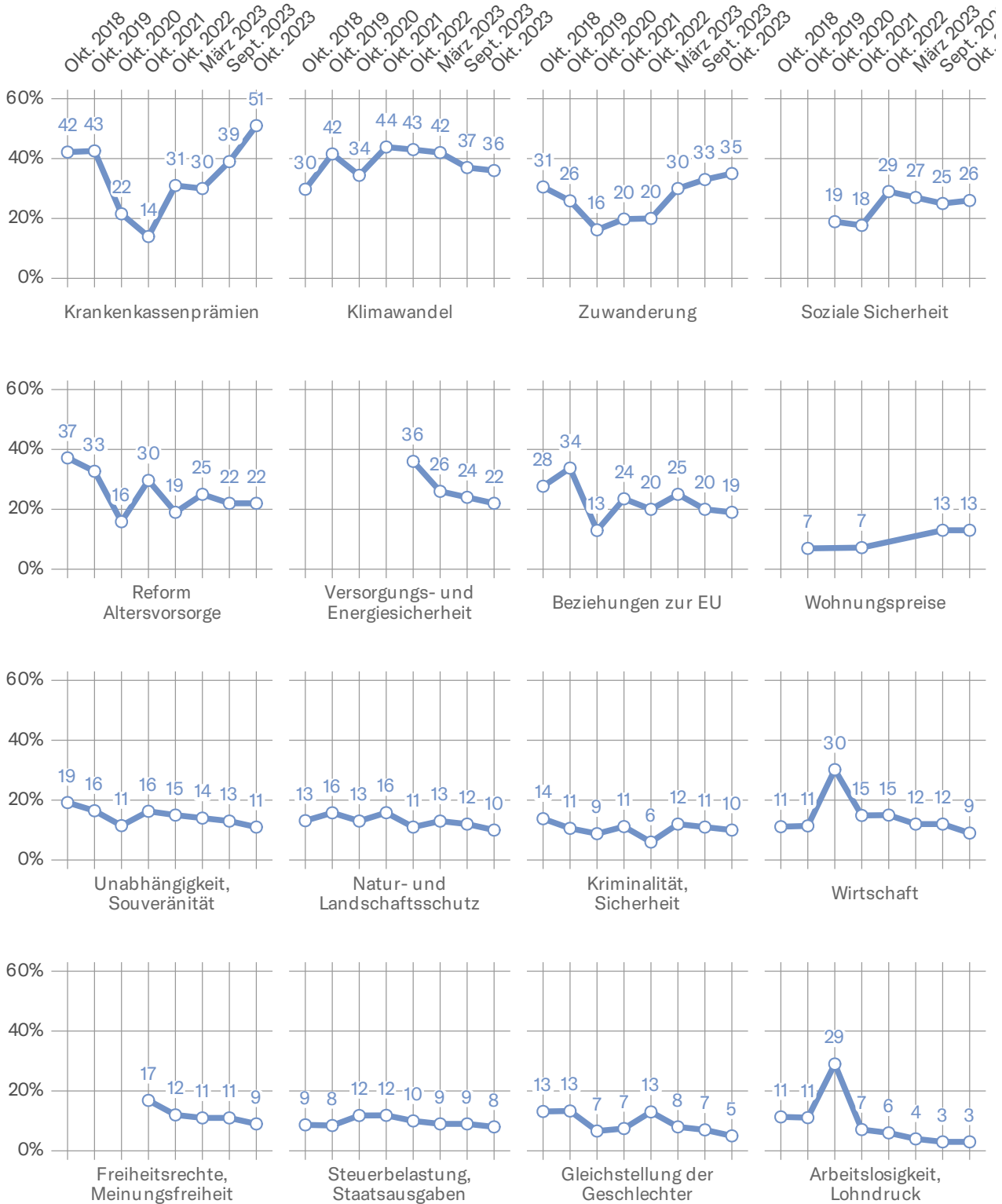
Für den Wahlentscheid stehen in der Schweiz neben der traditionellen Parteibindung vor allem Sachthemen im Vordergrund. Das Wahlbarometer untersucht die wichtigsten politischen Herausforderungen aus Sicht der Wählenden im Zeitverlauf. Neben den Herausforderungen wird auch nach den grössten Ärgernissen gefragt. Berücksichtigt wird damit neben der Sachebene auch die Themen, welche die Stimmbevölkerung auf einer emotionalen Ebene anspricht.

3.1. KRANKENKASSENPRÄMIEN KLAR AN ERSTER STELLE

Die Befragung zum aktuellen Wahlbarometer startete kurz vor der Bekanntgabe der massiven Erhöhung der Krankenkassenprämien durch den Bundesrat für das Jahr 2024. Rund die Hälfte der Befragten nahmen nach der Kommunikation des «Prämienschocks» teil. Dies wirkt sich unmittelbar auf die Wahrnehmung der wichtigsten politischen Herausforderungen aus.

Wichtigste politische Herausforderungen – Zeitverlauf (Abb. 18)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»



Während im Wahlbarometer vom September 39 Prozent der Befragten die Prämien zu den drei wichtigsten Herausforderungen zählten, tun dies aktuell 51 Prozent. Die Krankenkassenprämien liegen nun klar an erster Stelle der Top-3 Herausforderungen der Schweiz.

Leicht an Bedeutung gewonnen im Vergleich zur letzten Befragung hat das Thema Zuwanderung. Aktuell zählen 35 Prozent die Zuwanderung zu den drei wichtigsten Herausforderungen für die Schweiz. Vor einem Jahr, beim Wahlbarometer vom Oktober 2022, waren dies bloss 20 Prozent. Kurz vor den letzten Wahlen 2019 waren es 26 Prozent, die das Thema nannten. Diese Veränderung ist die naheliegende Begründung für die erwarteten Zugewinne der SVP. In die andere Richtung geht der Trend bei der Klimathematik. Zum fünften Mal in Folge nimmt die Bedeutung der Klimathematik für die Wählenden ab. Aktuell nennen 36 Prozent der Wählenden den Klimawandel als eine der wichtigsten politischen Herausforderungen der Schweiz, vor den Wahlen 2019 waren dies noch 42 Prozent. Eher eine steigende Tendenz zeigt das Themenfeld «soziale Sicherheit», die meisten anderen Themen haben in den vergangenen Monaten und Jahren aus Sicht der Wählenden an Bedeutung verloren.

Abbildung 19 zeigt nicht nur die Reihenfolge der wichtigsten Herausforderungen, sondern auch jene, die aus Sicht der Wählenden relevant sind für ihren Wahlentscheid. Dabei fällt auf, dass die drei wichtigsten Themen für jeweils einen Viertel der Wählenden nicht nur wichtig, sondern auch wahlrelevant sind. Nur für rund die Hälfte der Befragten, welche die Krankenkassenprämien als Top-Herausforderung betrachten, sind diese relevant für ihren Wahlentscheid. Bei der Klimafrage sind es zwei Drittel, bei der Migration beinahe drei Viertel. Dies zeigt, dass die Wahrnehmung der Migration sich besonders direkt auf den Wahlentscheid auswirkt.

Wichtigste politische Herausforderungen (Abb. 19)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»

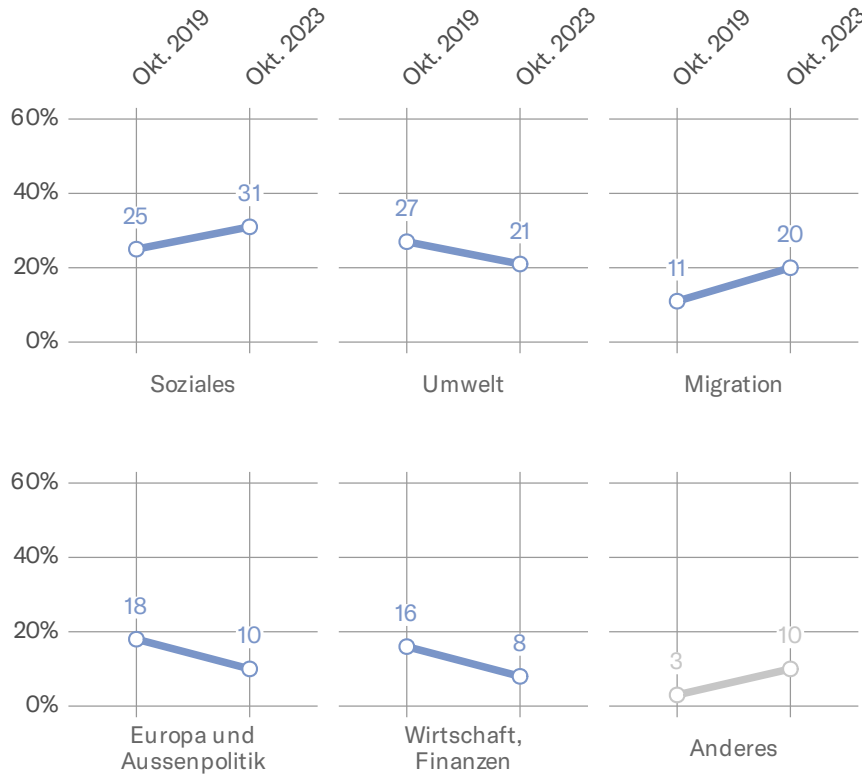


Abbildung 20 zeigt zusammenfassend die wichtigsten Themenfelder kurz vor den Wahlen 2019 und 2023 dargestellt. Dargestellt ist das Top-Themenfeld aus Sicht der Wählenden beim jeweils letzten Wahlbarometer vor den Wahlen. Die Grafik zeigt zwei Themenfelder, die klar an Bedeutung gewonnen haben (Soziales, Migration) und drei Themenfelder, die klar an Bedeutung verloren haben (Umwelt, Aussenpolitik, Wirtschaft/Finanzen). Gemessen an diesen Veränderungen erstaunt es nicht, dass die Grünen, die Grünliberalen sowie die FDP eher in der Defensive sind, während die SVP, die SP sowie die Mitte mehr oder weniger profitieren. Interessant ist, dass es sowohl ein eher rechts geprägtes (Migration) wie auch ein eher links geprägtes Gewinnerthema (Soziales) gibt. Gleiches gilt für die Verliererthemen Umwelt (links) und Wirtschaft/Finanzen (rechts). Die SVP pro-

fitiert zwar vom Bedeutungsgewinn der Migration, zugleich erodiert die Bedeutung der Aussen- und Europapolitik, die in den 1990er-Jahren ein zentraler Treiber für den Aufstieg der neuen, von Blocher geprägten SVP war.

Wichtigste politische Herausforderung vor den Wahlen 2019 und 2023 (zusammengefasst) (Abb. 20)

«Welches ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigste politische Herausforderung in unserem Land?»

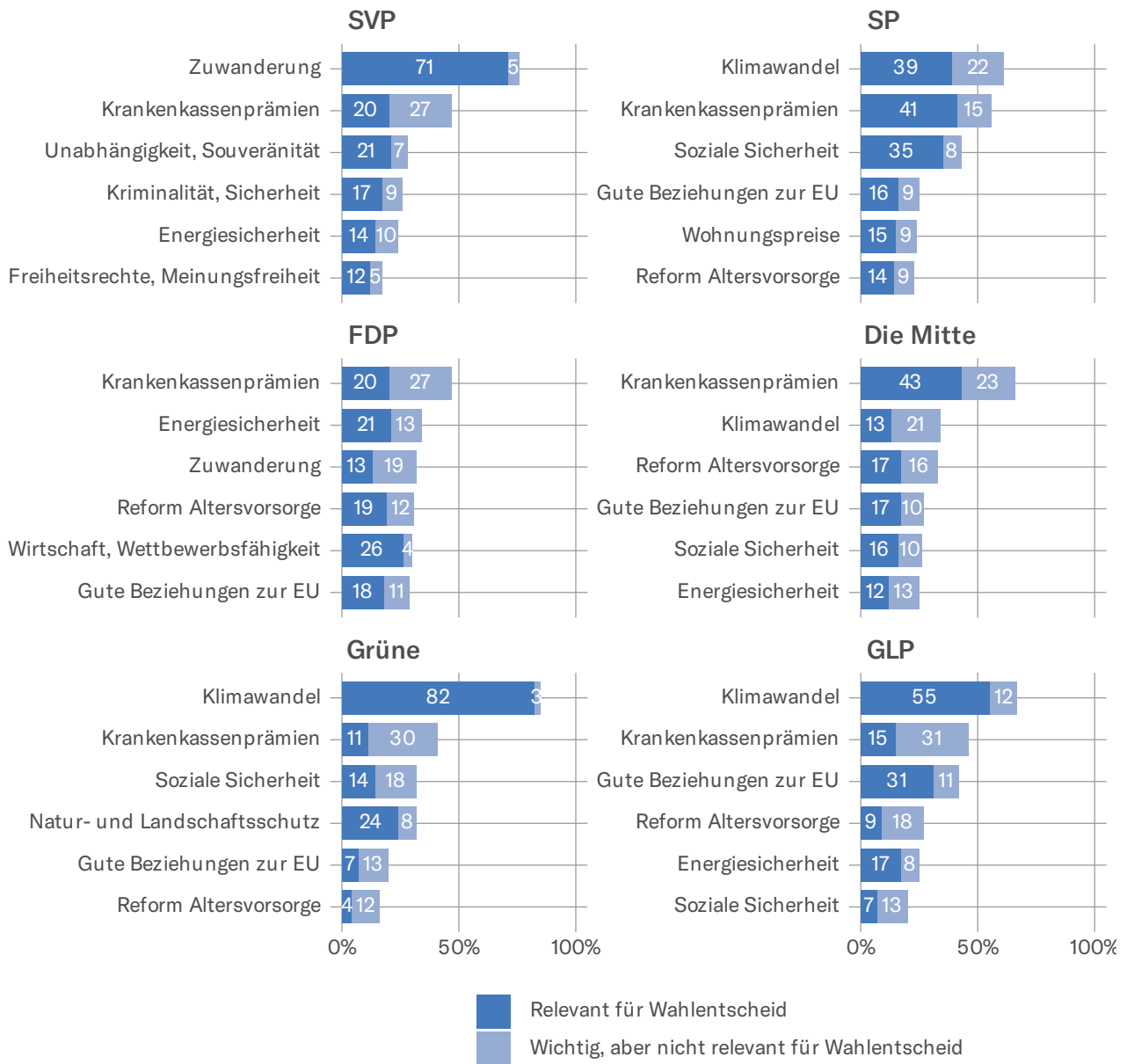


3.2. HERAUSFORDERUNGEN NACH PARTEIEN

Abbildung 21 zeigt, welche Themen und Herausforderungen für die Wählenden der sechs grossen Parteien besonders wichtig sind. Der dunklere Teil des Balkens gibt an, welche Themen nicht nur wichtig, sondern für den Entscheid zugunsten der jeweiligen Partei ausschlaggebend sind.

Wahlrelevante Herausforderungen nach Partei (Abb. 21)

«Welche der folgenden Faktoren sind besonders wichtig für Ihren Wahlentscheid?»



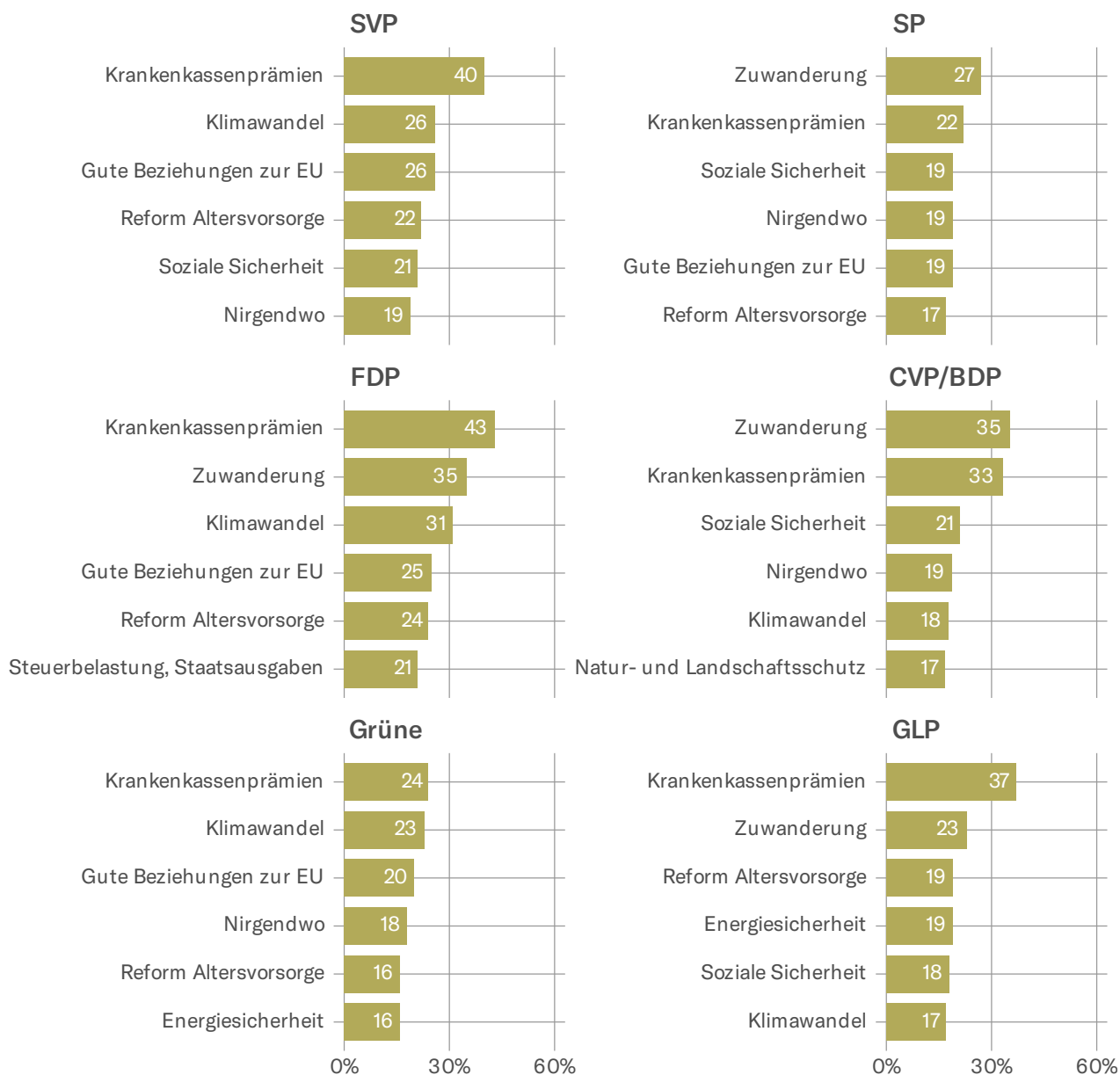
Die Grünen sowie die SVP besitzen jeweils ein sehr dominantes Leitthema: Für 71 Prozent der Wählenden der SVP ist die Migrationsfrage wahlentscheidend, für 82 Prozent der Wählenden der Grünen ist es der Klimawandel. Etwas abgeschwächt zeigt sich dies auch bei der GLP (ebenfalls Klimawandel). Auffällig ist, dass mittlerweile auch die Mitte ein Leitthema besitzt. Für 43 Prozent ihrer Wählenden sind die hohen Krankenkassenprä-

mien ein Grund für die Wahl. Für die Wählenden der SP stehen drei Leitthemen bei ihrer Entscheid im Vordergrund: Prämien, Klimawandel und soziale Sicherheit. Auffällig ist, dass von den grösseren Parteien aktuell einzig die FDP keine starken Leitthemen besitzt.

All jenen Befragten, welche heute eine andere Partei wählen wollen als 2019, wurde eine Frage zu den thematischen Gründen für den Parteiwechsel gestellt: «Bei welchen Herausforderungen sind Sie am wenigsten zufrieden mit dem Kurs der Partei, die Sie 2019 gewählt haben?» Abbildung 22 zeigt für die sechs grösseren Parteien die Themen, die von den «Abtrünnigen» genannt wurden. Besonders häufig genannt werden die beiden Herausforderungen Krankenkassenprämien und Klimawandel. Unzufrieden mit der Prämienpolitik ihrer ehemaligen Partei sind insbesondere jene Wählenden, die der FDP (43 %), der SVP (40 %) sowie der GLP (37 %) den Rücken gekehrt haben. Davon können am ehesten die SP und die Mitte profitieren, die besonders mit diesen Herausforderungen verbunden werden. Mit der Migrationspolitik der ehemaligen Partei am meisten unzufrieden sind die «Abtrünnigen» der Mitte (35 %), der FDP (35 %) sowie der SP (27 %). Hier ist es insbesondere die SVP, die profitiert. Generell am wenigsten unzufrieden mit den Themensetzung ihrer ehemaligen Partei sind jene, die von den Grünen zu einer anderen Partei gewechselt haben. Wie die Analyse der Wählerwanderungen gezeigt hat, wollen die meisten von ihnen zur SP wechseln. Da sich diese Parteien so nahestehen, muss der Grad der Unzufriedenheit offenbar weniger gross sein als bei den anderen Wählerwanderungen.

Unzufriedenheit mit der Partei 2019 (Abb. 22)

«Bei welchen Herausforderungen sind Sie am wenigsten zufrieden mit dem Kurs der Partei, die Sie 2019 gewählt haben?»



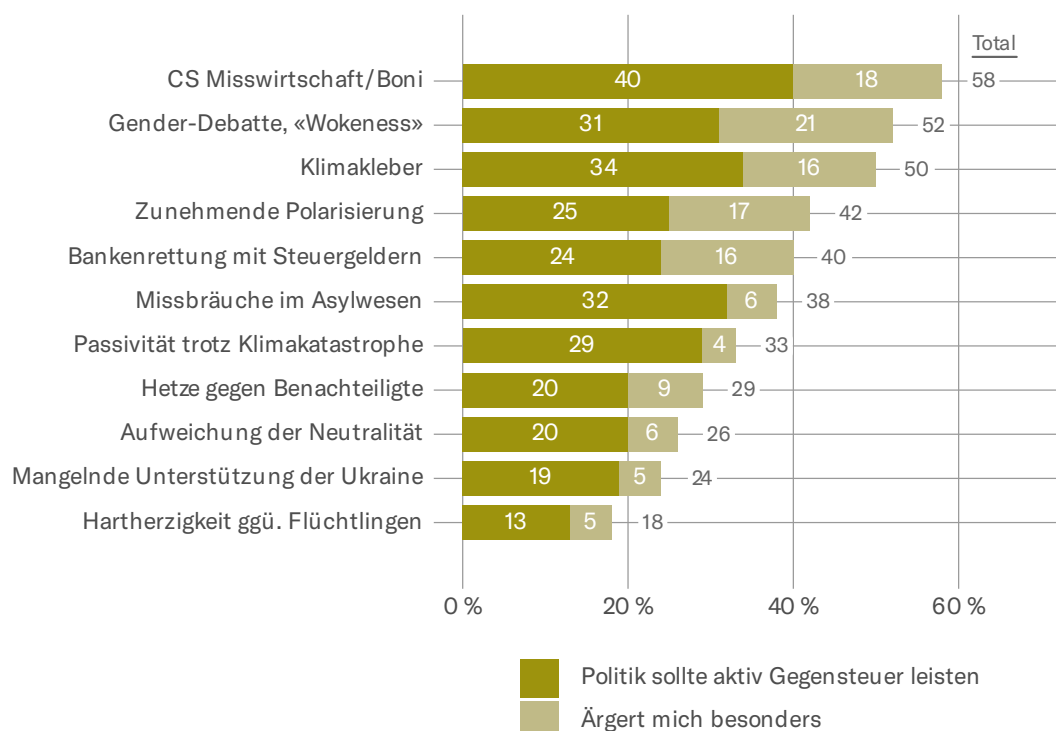
3.3. DIE GRÖSSTEN ÄRGERNISSE

Um neben der Sachebene auch die emotionale Ebene der Politik zu erfassen, wurden in diesem Wahlbarometer erneut die grössten Ärgernisse der Wählenden mit folgender Frage abgefragt: «Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was är-

gert Sie besonders?». Um festzustellen, ob der Ärger auch eine politische Dimension hat, wurden die Teilnehmenden gefragt, ob die Politik in dieser Frage aktiv Gegensteuer leisten soll.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse (Abb. 23)

«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?», «Wo finden Sie soll die Politik aktiv Gegensteuer leisten?»; Für die Darstellungen wurden Abkürzungen verwendet. Originalbezeichnungen lauten wie folgt: «Strassenblockaden durch die Bewegung der 'letzten Generation' ('Klimakleber')»; «Passivität der Schweiz in Anbetracht einer möglichen Klimakatastrophe»; «Misswirtschaft und Boni-Exzesse bei der CS»; «Bankenrettung durch den Staat und mit Steuergeldern»; «Missbräuche im Asylwesen»; «Hartherzigkeit der Schweiz gegenüber Flüchtlingen»; «Abseitsstehen der Schweiz bei der Unterstützung der Ukraine gegen den russischen Angriff»; «Aufweichung der schweizerischen Neutralität»; «Gender-Debatte und 'Wokeness'»; «Hetze gegen Minderheiten und Benachteiligte»; «Zunehmende Polarisierung durch Debatten auf den sozialen Medien»



Weiterhin für den meisten Ärger sorgen «Misswirtschaft und Boni-Exzesse bei der CS». 58 Prozent der Stimmberechtigten ärgern sich darüber. Weniger als die Hälfte der Befragten, nämlich 40 Prozent, sind der Ansicht, dass die Politik deswegen Gegensteuer leisten soll. Ein Thema, das deutlich mehr Emotionen als politischen Handlungsbedarf auslöst, ist «Gender-Debatte und 'Wokeness'». Darüber ärgern sich 52 Prozent, deutlich weniger, nämlich 31 Prozent, sind der Ansicht, dass die Politik etwas dagegen tun soll. An dritter Stelle stehen «Strassenblockaden durch die Bewegung «Renovate Switzerland» („Klimakleber“). Die Hälfte der Befragten ärgern sich darüber – 34 Prozent finden,

dass die Politik etwas dagegen tun soll. Analog zur Herausforderung «Zuwanderung» steigt in der Bevölkerung der Ärger über Missbräuche im Asylwesen. In der aktuellen Befragung sind es 38 Prozent, die sich darüber ärgern. Hier ist der Anteil, der politische Massnahmen dagegen erwartet, besonders hoch. Ähnliches gilt für die «Passivität der Schweiz in Anbetracht einer möglichen Klimakatastrophe».

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse (Abb. 24)

«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»; «Wo finden Sie soll die Politik aktiv Gegensteuer leisten?»

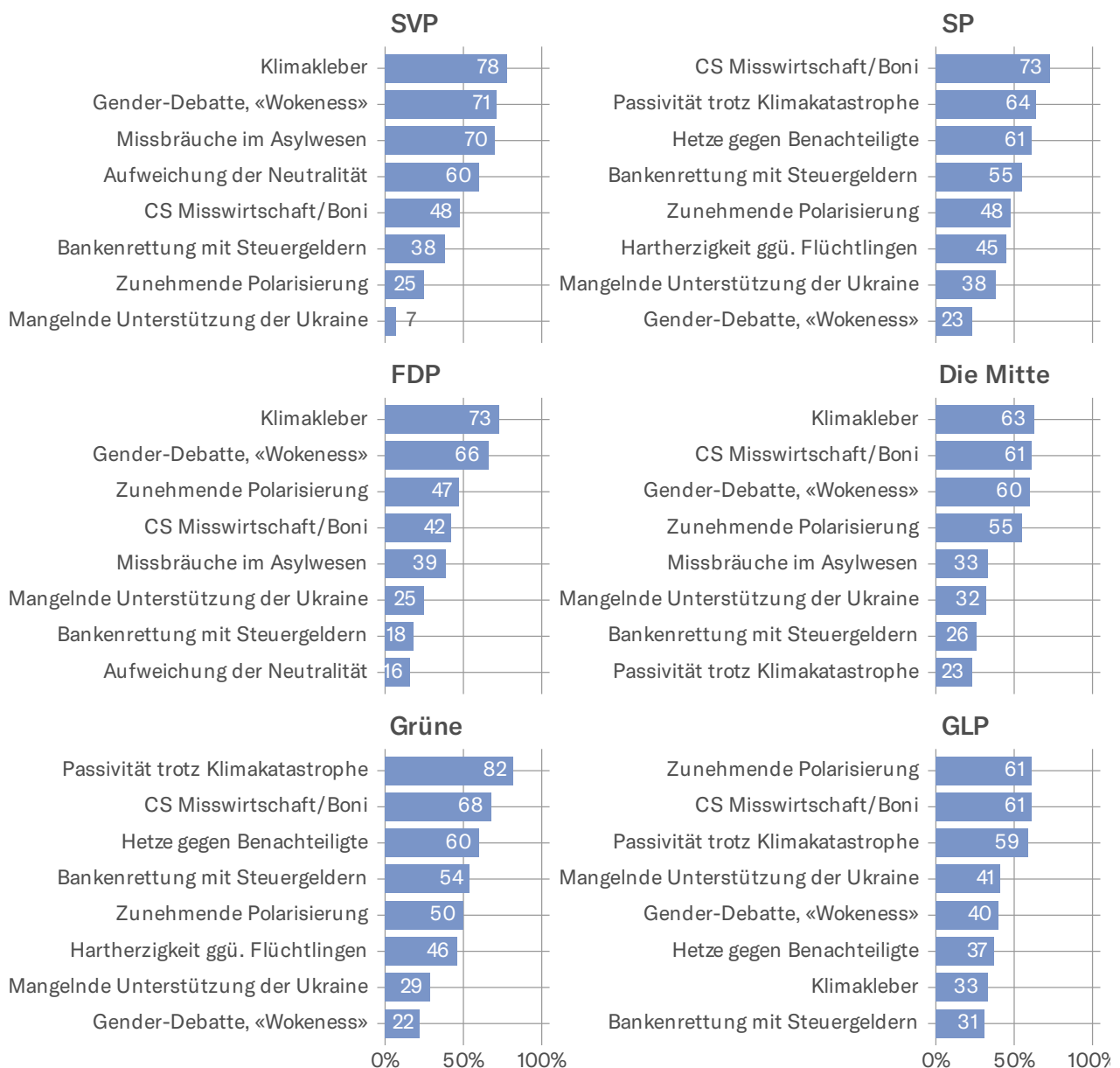


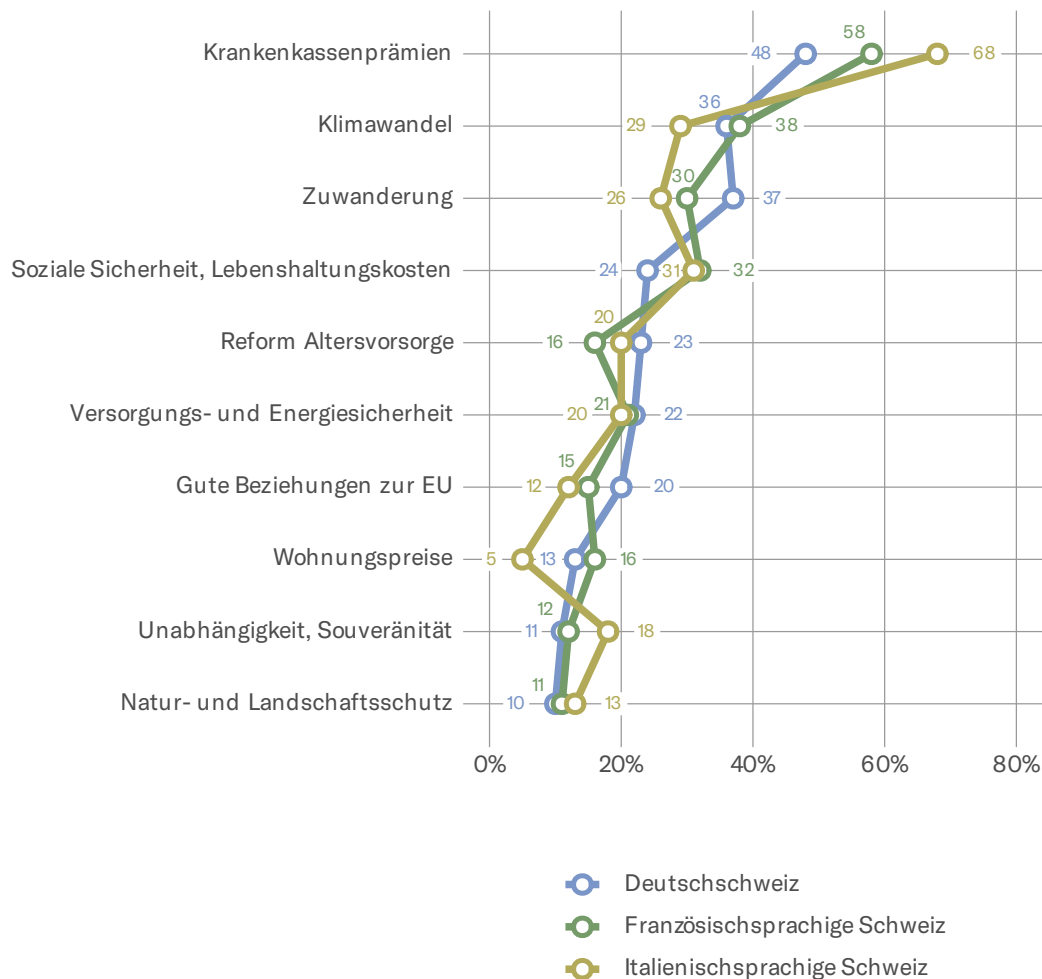
Abbildung 24 zeigt die Ärgerprofile der Wählerschaften der sechs grössten Parteien. Während sich bei der erstmaligen Erhebung der Ärgernisse im Juli 2023 die Polarisierung das Top-Ärgernis der Wählerschaft der Mitte-Partei war, ist dieser Ärger bei der Mitte-Wählerschaft nur noch an vierter Stelle. Am häufigsten als Ärgernis genannt wird die Polarisierung in den sozialen Medien aktuell der Basis der GLP. Oft genannt wird die Polarisierung aber auch bei den Grünen, der SP sowie der FDP. Einzig bei der SVP-Basis ärgert sich nur ein Viertel darüber. Dies zeigt, dass Emotionalisierung und Polarisierung der Politik vor allem im Mitte-Links-Spektrum als Gefahr wahrgenommen wird.

3.4. THEMEN NACH BEVÖLKERUNGSGRUPPEN

Die grössten Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Sprachregionen bestehen beim Thema Krankenkassenprämien. 68 Prozent der Befragten aus der italienischsprachigen Schweiz bezeichnen diese als eine der wichtigsten politischen Herausforderungen der Schweiz. In der französischsprachigen Schweiz sind es 58 Prozent, in der Deutschschweiz 48 Prozent. In diesen Unterschieden spiegeln sich die Unterschiede in der Prämienbelastung und -erhöhung.

Wichtigste politische Herausforderungen nach Sprachregionen (Abb. 25)

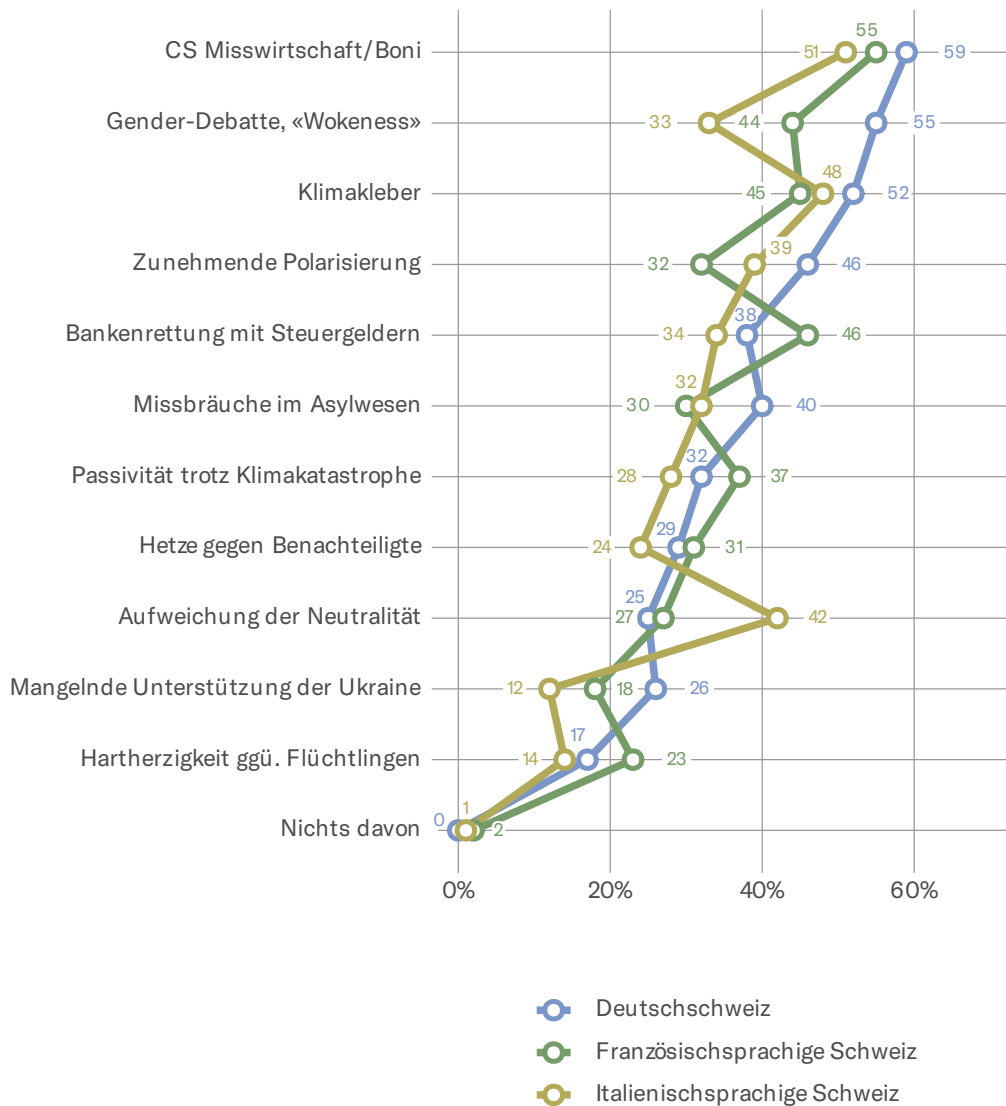
«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)»



In der italienischsprachigen Schweiz wird der Klimawandel als weniger dringliche Herausforderung angesehen als in der übrigen Schweiz. Demgegenüber erhält hier die Thematik von Unabhängigkeit und Souveränität mehr Gewicht. Entsprechend ärgern sich im italienischsprachigen Landesteil weit mehr Befragte als in der übrigen Schweiz über die «Aufweichung der Neutralität» im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg. Die neue Zuwanderungsdebatte findet insbesondere in der Deutschschweiz Widerhall. Migration wird hier von 37 Prozent als eine der wichtigsten Herausforderungen gesehen. Auch die Debatten zu Gender und Wokeness werden in der Deutschschweiz besonders intensiv geführt. Diese Themen ärgern hier am meisten.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Themen nach Sprachregionen (Abb. 26)

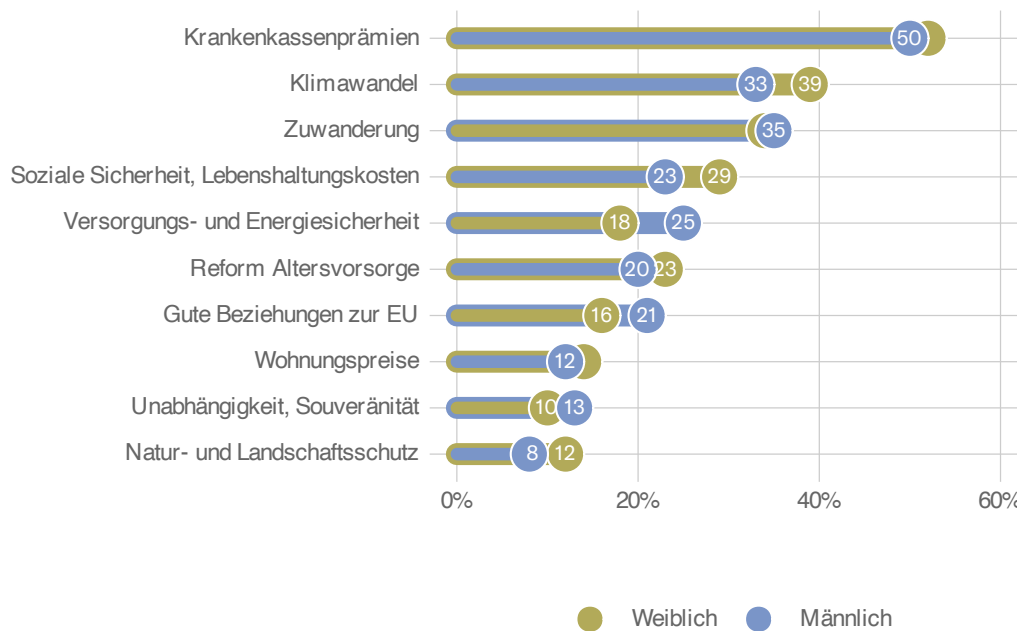
«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»



Zwischen Frau und Mann bestehen die grössten Unterschiede in der Einschätzung im Bereich Energie und Umwelt. Frauen erachten den Klimawandel besonders oft als wichtige Herausforderung, während Männer eher als Frauen die Versorgungs- und Energiesicherheit als wichtige Herausforderung einschätzen.

Wichtigste politische Herausforderungen nach Geschlecht (Abb. 27)

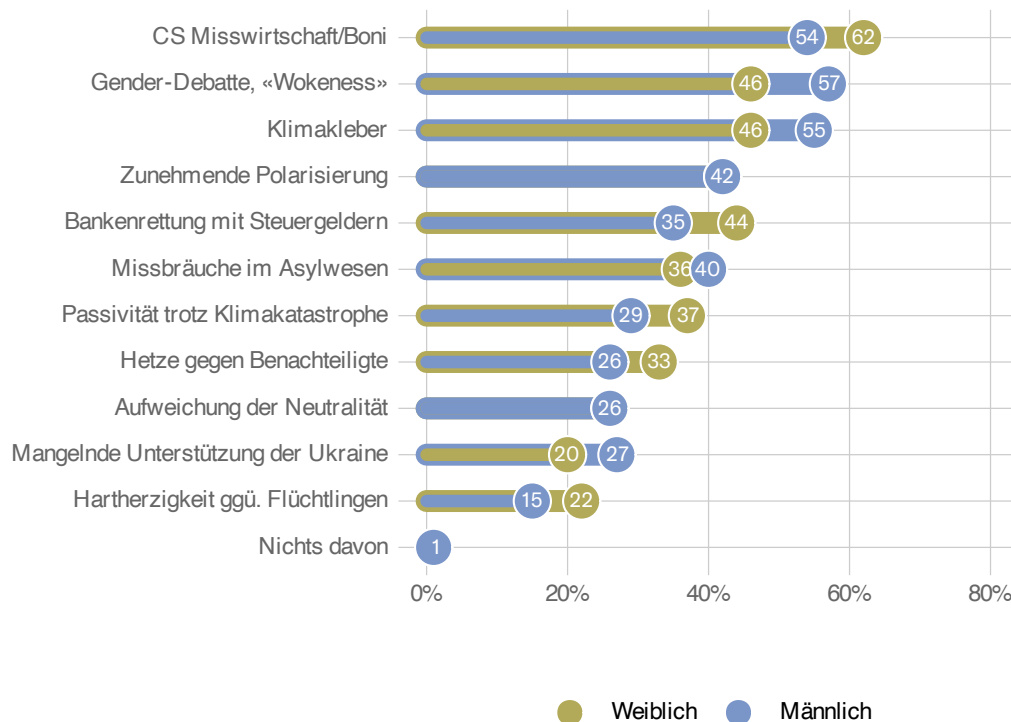
«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)» - Nach Geschlecht



Nicht erstaunlich ist, dass die Gender-Thematik bei Frauen und Männern nicht im gleichen Ausmass Emotionen weckt. 57 Prozent der Männer ärgern sich darüber und 46 Prozent der Frauen. Frauen ärgern sich dafür vermehrt über Themen rund um das CS-Debakel.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Themen nach Geschlecht (Abb. 28)

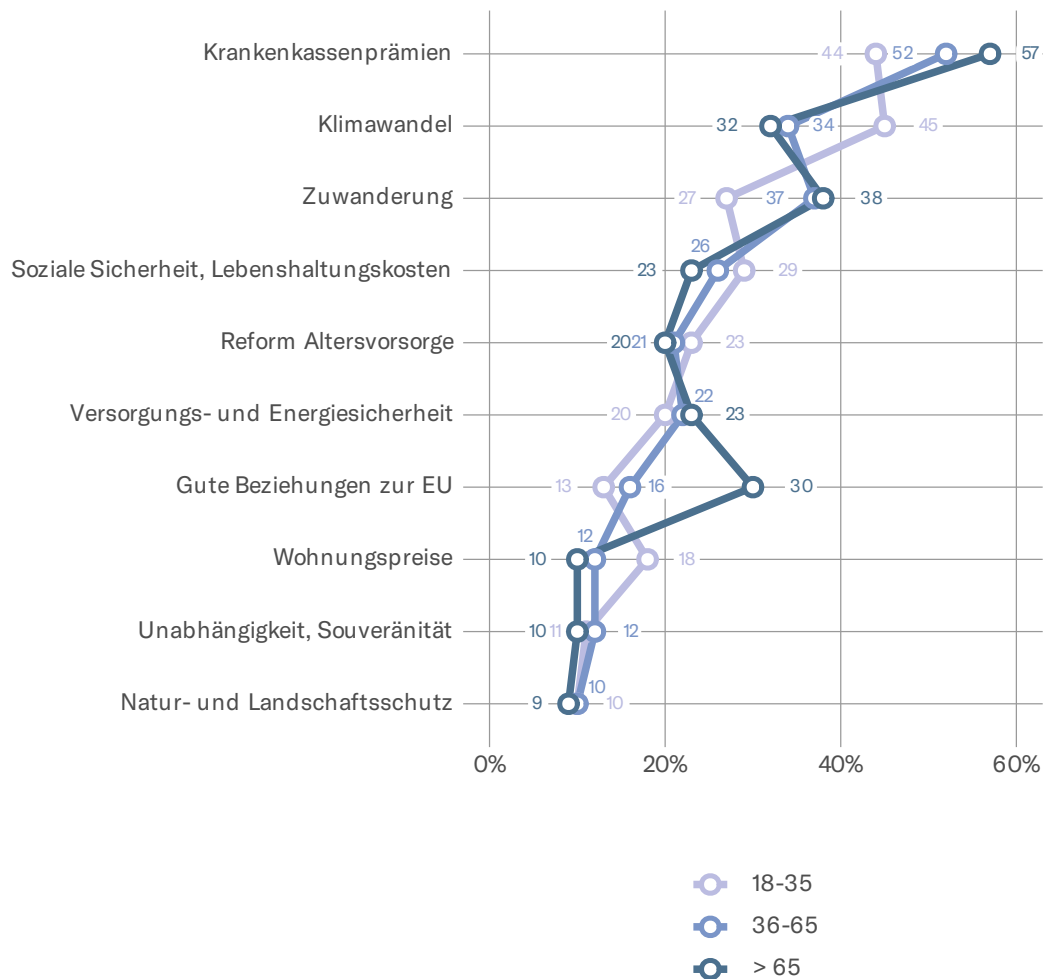
«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»



Junge Erwachsene werden aufgrund ihres Alters die Auswirkungen des Klimawandels besonders deutlich zu spüren bekommen. Das wirkt sich auf ihre Problemwahrnehmung aus. 45 Prozent der 18- bis 35-Jährigen zählen den Klimawandel zu den grössten Herausforderungen der Schweiz. Zumindest in der Problemwahrnehmung wirkt die Klimajugend nach. Unter den über 65-Jährigen teilen nämlich nur noch 32 Prozent die Einschätzung, dass der Klimawandel zu den grössten Herausforderungen gehört. Die Krankenkassenprämien werden von dieser Altersgruppe als prioritär eingeschätzt. Bei den Jüngeren steht dieses Thema weniger im Vordergrund, ebenso wie die Beziehungen zur EU. Es sind vor allem die Älteren, die sich heute um die guten Beziehungen mit der EU sorgen.

Wichtigste politische Herausforderungen nach Alter (Abb. 29)

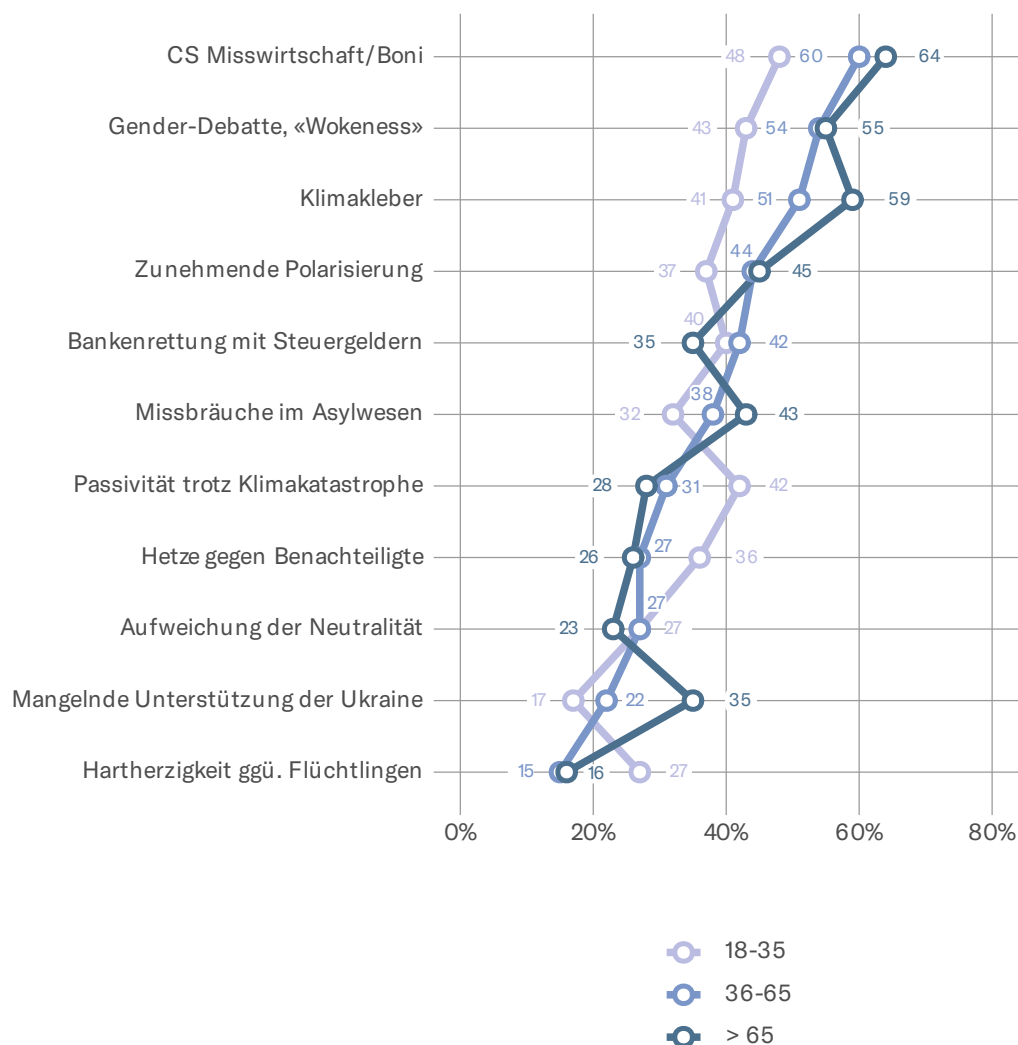
«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)» - Nach Alter



Besonders oft im Vergleich zu den jüngeren ärgern sich die älteren Befragten dagegen über die Klimakleber. Ein Ärger-Altersgraben gibt es zudem bei der CS-Miswirtschaft. Zwei Drittel der über 65-Jährigen ärgern sich darüber, jedoch nur die Hälfte der 18- bis 35-Jährigen. Generell fällt auf, dass sich jüngere Befragte weniger über politische Themen ärgern als ältere.

Grösste Ärgernisse in Bezug auf aktuelle Ereignisse und Themen nach Alter (Abb. 30)

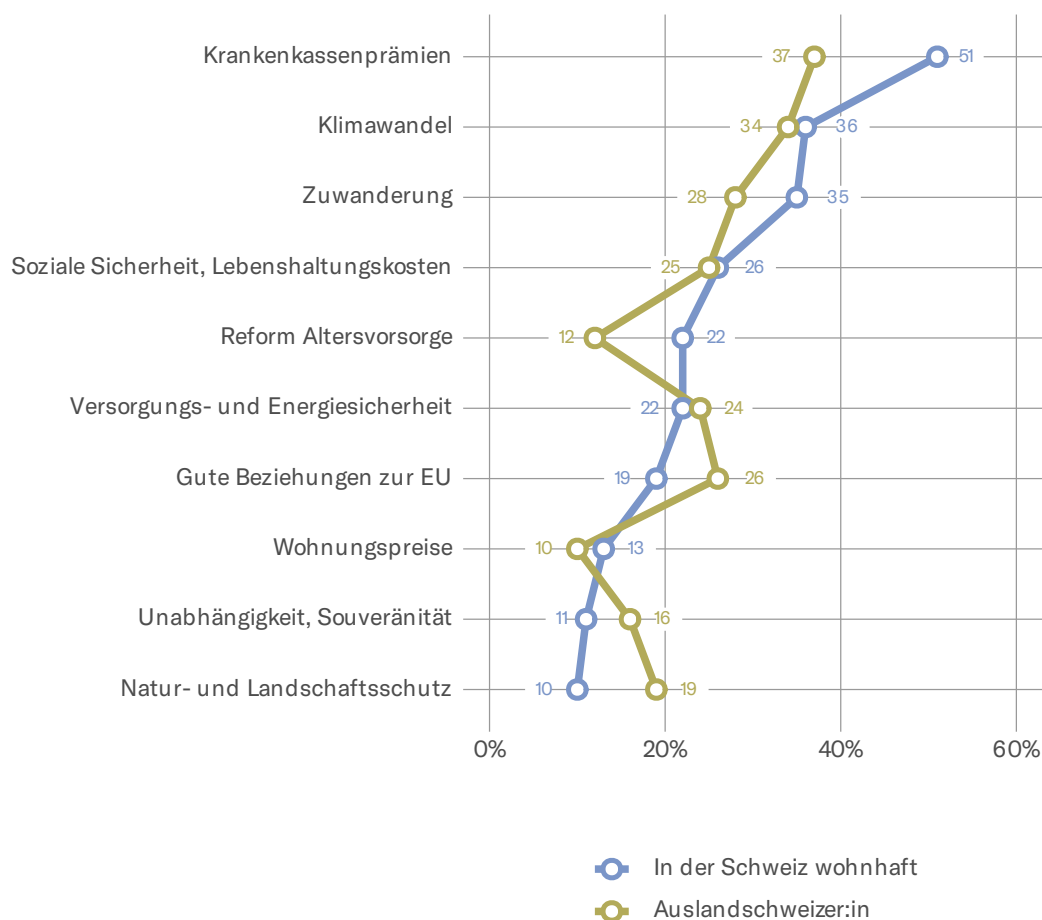
«Wenn Sie an aktuelle Ereignisse und Themen denken, was ärgert Sie besonders?»



Auslandsschweizerinnen und Auslandsschweizer zahlen in der Schweiz keine Krankenkassenprämien und sind somit bis zu ihrer Rückkehr nicht von steigenden Prämien in der Schweiz betroffen. Es erstaunt nicht, dass hier die grössten Einschätzungsunterschiede bestehen. 37 Prozent von ihnen erachten die Prämien als eine der drei grossen politischen Herausforderungen der Schweiz, während dies 51 Prozent der inländischen Befragten so sehen. Ähnliches gilt für die Reform der Altersvorsorge, die ebenfalls von den Auslandsschweizerinnen und -schweizer weniger oft genannt wird.

Wichtigste politische Herausforderungen – Auslandschweizer:innen (Abb. 31)

«Welches sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Herausforderungen in unserem Land? (Maximal 3 Antworten)» - Auslandschweizer:innen



Es sind vor allem Themen, bei denen es um das Verhältnis mit dem Ausland geht, die aus Sicht der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland mehr Bedeutung erhalten sollten. Das gilt für die guten Beziehungen zur EU, aber auch für die Unabhängigkeit, Souveränität und für die Zuwanderungsthematik.

3.5. POLARISIERUNG UND ZUSAMMENHALT

42 Prozent der Befragten ärgern sich über die «zunehmende Polarisierung durch Debatten in den sozialen Medien». Es geht dabei weniger um unterschiedliche sachpolitische Einstellungen, als um die Art und Weise wie politische Gegnerinnen und Gegner miteinander umgehen. Der Fachbegriff dazu lautet «affektive Polarisierung». In diesem Wahlbarometer haben wir erstmals die affektive Polarisierung in der Schweiz untersucht. Dabei geht es um die Einschätzung von Personen, die den verschiedenen politischen Parteien nahestehen. Die Befragten wurden gebeten, die Sympathisierenden der Parteien auf einem Gefühlsthermometer zwischen «1 – negativ / ablehnend» und «5 – positiv / wohlgesonnen» zu verordnen.

Affektive Haltung gegenüber der eigenen und anderer Parteianhängerschaft(en) (Abb. 32)

«Welche Gefühle haben Sie gegenüber Personen, die den folgenden Parteien nahestehen?»

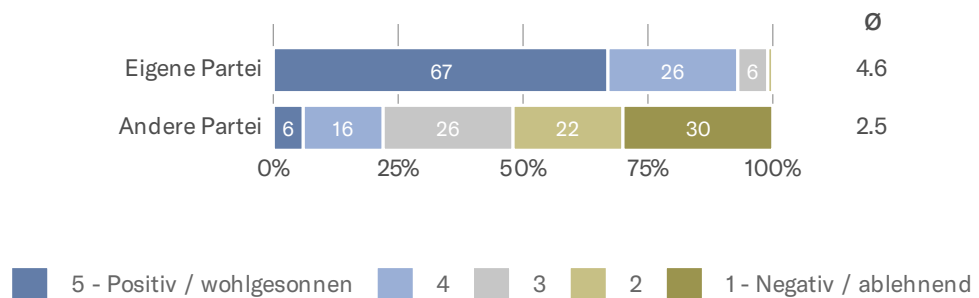
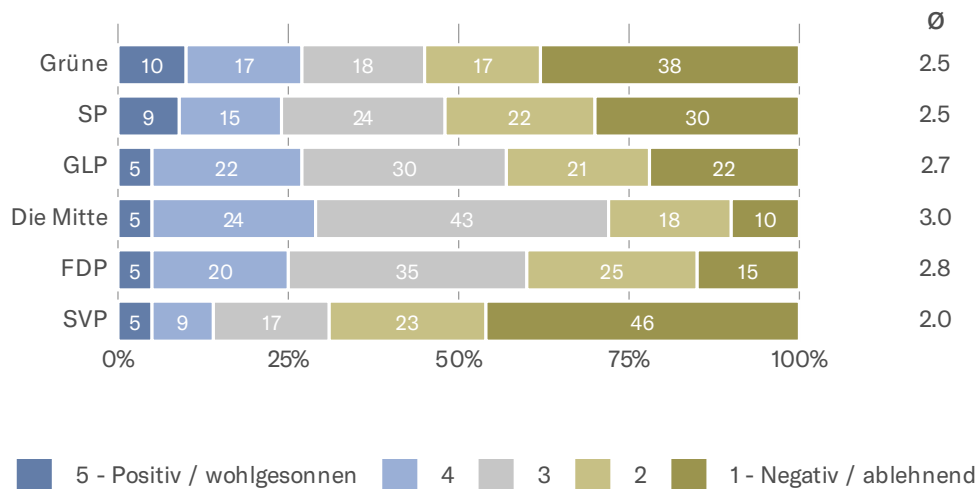


Abbildung 32 zeigt, wie die Wählenden Personen einschätzen, welche derselben Partei nahestehen wie sie selbst und wie sie die Anhängerschaften der anderen Parteien beurteilen. Es zeigt sich dabei ein ausgeprägtes Wohlwollen gegenüber Personen, welche dieselbe Partei wählen. Sie erhalten auf der Skala von 1 (negativ) bis 5 (positiv) einen Durchschnittswert von 4,6. Deutlich kühler werden dagegen Personen bewertet, die einer anderen Partei nahestehen. Hier liegt der Sympathiewert bei 2,5 und damit unter einem neutralen Wert von 3.

Affektive Haltung gegenüber den Anhängerschaften der anderen Parteien (Abb. 33)

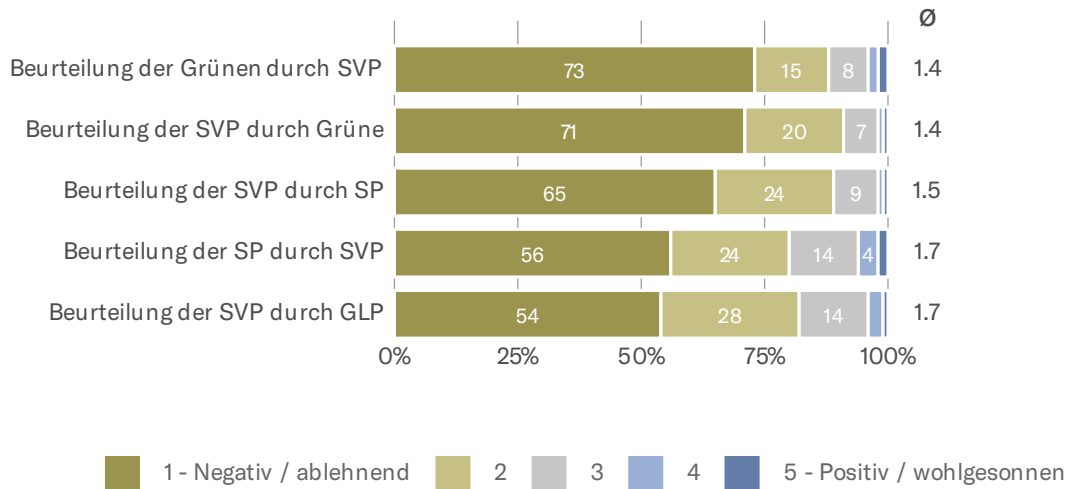
«Welche Gefühle haben Sie gegenüber Personen, die den folgenden Parteien nahestehen?»



Dabei unterscheidet sich der Grad der Ablehnung, die den verschiedenen Parteibasen entgegengebracht wird. In Abbildung 33 ist die Beurteilung der Anhängerinnen und Anhängern der sechs grössten Parteien durch alle anderen Wählenden dargestellt. Dabei wird sichtbar, dass Personen, die der Mitte nahestehen, am wenigsten negative Gefühle von den anderen erfahren. Nur 10 Prozent der Nicht-Mitte-Wählenden haben klar negative Gefühle gegenüber der Anhängerschaft der Mitte-Partei. Insgesamt liegt die Haltung gegenüber der Mitte-Basis mit 3,0 exakt in der Mitte zwischen 1 (negativ) und 5 (positiv). Weniger beliebt bei der Konkurrenz sind die Anhängerschaften der Polparteien. Allerdings herrscht keine Symmetrie zwischen links und rechts. Klar die negativsten Gefühle hegen die Wählenden anderer Parteien gegen die SVP-Basis. 46 Prozent aller Nicht-SVP-Wählenden sind klar ablehnend gegenüber Personen eingestellt, welche der SVP nahestehen. Dies ist deutlich negativer als die Fremdeinschätzung der SP. 30 Prozent der anderen sind klar ablehnend gegenüber der SP-Basis eingestellt. Die Basis der Grünen schliesslich wird von 38 Prozent der Nicht-Grünen ablehnend beurteilt. Die Anhängerschaft der SVP wird durch die anderen klar am negativsten beurteilt, sie erfährt die grösste affektive Ablehnung.

Parteihängerschaften mit den negativsten Haltungen gegeneinander (Abb. 34)

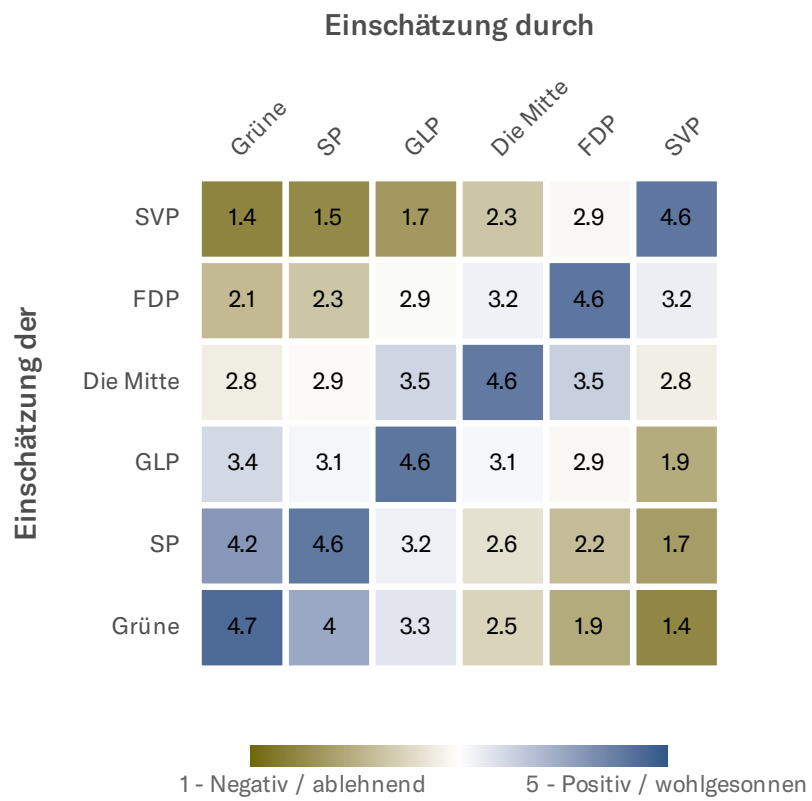
«Welche Gefühle haben Sie gegenüber Personen, die den folgenden Parteien nahestehen?»



Besonders ausgeprägt ist die affektive Polarisierung zwischen Gruppierungen, die sich im politischen Spektrum gegenüberstehen. Am meisten gegenseitige Ablehnung besteht zwischen den Grünen und der SVP. Mit einem Durchschnittswert von 1,4 auf der Skala von 1 (negativ) bis 5 (positiv) schätzen die Wählenden der beiden Polparteien gegenseitig ausgesprochen negativ ein. Konkret sind 73 Prozent der SVP-Wählenden klar ablehnend gegenüber Personen eingestellt, die den Grünen nahestehen, zugleich haben 71 Prozent der Grünen-Wählenden eine klar ablehnende Haltung gegenüber Personen, die mit der SVP sympathisieren. Ebenfalls stark ausgeprägt ist die Antipathie zwischen SP und SVP. Hier ist allerdings die Abneigung weniger symmetrisch. 65 Prozent der Wählenden der SP hegen klar negative Gefühle gegenüber der Basis der SVP. Umgekehrt sind es 56 Prozent.

Affektive Haltung gegenüber den Anhängerschaften der Parteien – nach Parteipräferenz (Abb. 35)

«Welche Gefühle haben Sie gegenüber Personen, die den folgenden Parteien nahestehen?»



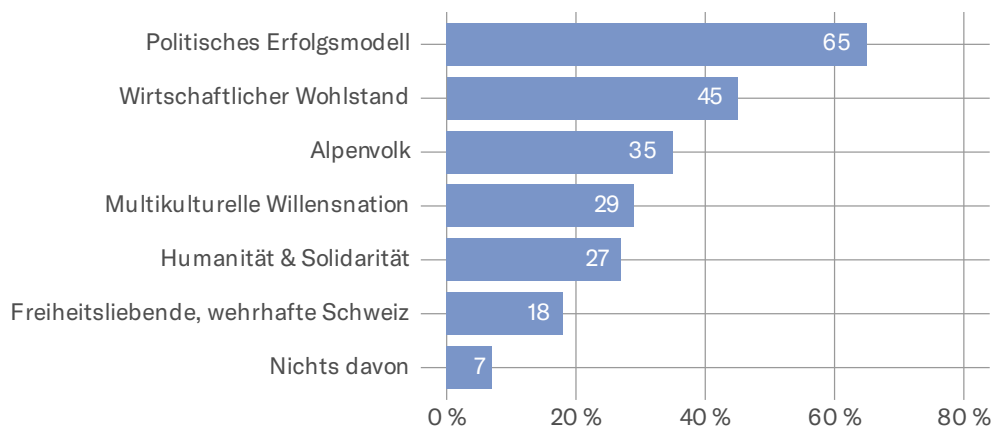
In Abbildung 35 ist die durchschnittliche Sympathie für alle Parteikombinationen dargestellt. Es zeigt sich dabei die starke affektive Polarisierung. Personen, welche dieselbe Partei wählen, werden durchwegs sehr positiv beurteilt. Nämlich mit 4,6 – bei den Grünen liegt der Wert mit 4,7 noch etwas höher. Je grösser die politische Distanz zweier Parteianhängerschaften, desto negativer ist dagegen die gegenseitige Einschätzung. Dabei schätzen die Wählenden der SVP die Wählenden der anderen Parteien jeweils etwas positiver ein als umgekehrt. Das führt zur oben dargestellten, besonders starken Ablehnung der SVP-Basis durch die anderen. Einzige Ausnahme von dieser Asymmetrie ist das Duo Grüne und SVP – hier ist die starke Ablehnung gegenseitig.

Diese Ergebnisse zeigen, dass die affektive Polarisierung, die von der Mercator-Studie zur «Polarisierung in Deutschland und Europa» (2023) für verschiedene europäische Staaten ge-

messen wurde, auch für die Schweiz gilt.¹ Die Wählenden aller Parteien sind ausgesprochen positiv gegenüber der eigenen Partei eingestellt. Die Wählenden der Polparteien sind zugleich ausgesprochen negativ gegenüber Personen des gegnerischen politischen Pols eingestellt. Wobei die SVP-Basis tendenziell etwas weniger ablehnend über andere urteilt als über sie geurteilt wird. Der affektiven Polarisierung wirken die Parteien zwischen den Polen entgegen. Die Mitte, die FDP sowie die GLP sind die emotionalen Brückenbauer zwischen links und rechts. Sie verhindern eine scharfe Zweiteilung, so wie sie für das US-amerikanische Zweiparteiensystem charakteristisch ist.

Dominante Narrative (Abb. 36)

«Wenn wir von der Schweiz sprechen, benutzen wir häufig ähnliche Bilder. Was macht für Sie die Schweiz besonders aus? (Maximal 3 Antworten)»? Für die Darstellungen wurden Abkürzungen verwendet. Originalbezeichnungen lauten wie folgt: «ein freiheitsliebendes, wehrhaftes Land, das Bedrohungen von innen und aussen erfährt.»; «ein wirtschaftliches Erfolgsmodell, wozu Unabhängigkeit, Souveränität und Stabilität beitragen.»; «ein Land mit einer starken humanitären Tradition, die sie im In- und Ausland pflegt.»; «ein politisches Erfolgsmodell durch Direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität.»; «eine multikulturelle Willensnation, sie lebt ihre Vielfalt in Einheit.»; «ein Alpenland, deren Natur und Berge Land und Leute prägen.»



Trotz ausgeprägter affektiver Polarisierung herrscht unter den Befragten eine bemerkenswerte Einigkeit, in Bezug auf das Selbstbild der Schweiz. Neben Herausforderungen und Ärgernissen wurde im aktuellen Wahlbarometer erstmals die Einschätzung verschiedener Vorstellungen zur Schweiz untersucht. Dazu wurden den Befragten sechs verschiedene Narrative zum besonderen Wesen der Schweiz vorgelegt. Nur gerade 7 Prozent der Wählenden fanden sich in keinem dieser Schweiz-

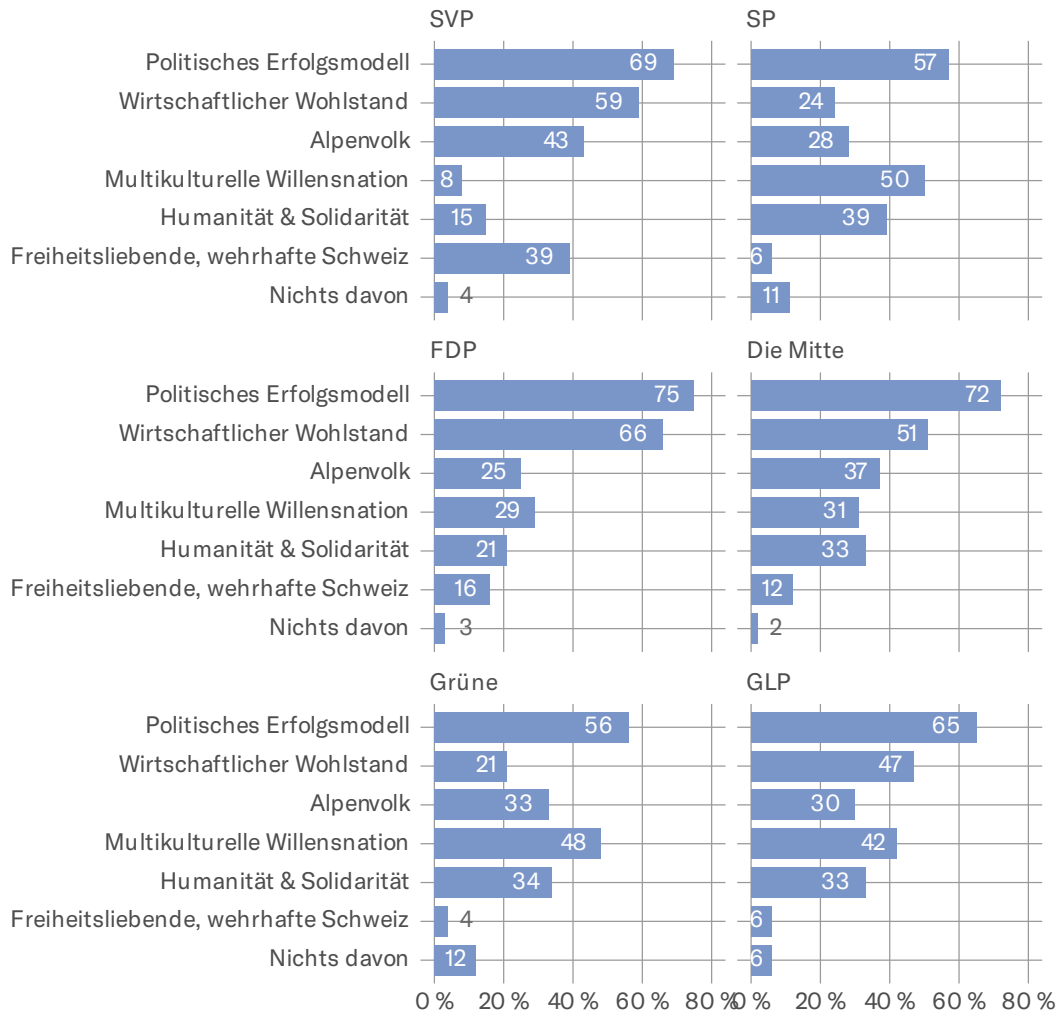
¹In der Mercator-Studie wurde die affektive Polarisierung nicht anhand von Anhängerschaften gegnerischer Parteien ermittelt, sondern anhand von Personengruppen, die bei Sachthemen gegenteilige Positionen vertreten.

erzählungen wieder. Die überwiegende Mehrheit erachtet die Schweiz auf die eine oder andere Weise als positiven Sonderfall. Zwei Drittel der Wählenden sehen in der Schweiz «ein politisches Erfolgsmodell durch Direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität». Mit deutlichem Abstand folgt auf dem zweiten Platz mit 45 Prozent Nennungen die Vorstellung der Schweiz als ein wirtschaftliches Erfolgsmodell («ein wirtschaftliches Erfolgsmodell, wozu Unabhängigkeit, Souveränität und Stabilität beitragen»). Weit weniger stark verankert ist dagegen die Vorstellung, dass sich die Schweiz als multikulturelle Willensnation auszeichne («eine multikulturelle Willensnation, sie lebt ihre Vielfalt in Einheit») oder sich durch ihre humanitäre Tradition hervortut («ein Land mit einer starken humanitären Tradition, die sie im In- und Ausland pflegt»). Beide Bilder werden von nicht einmal einem Drittel der Befragten mit der Schweiz verbunden.

Wirklich bemerkenswert ist, dass die Schweiz als politisches Erfolgsmodell bei allen sechs Parteien an erster Stelle steht. Der Stolz auf die Institutionen und politischen Traditionen der Schweiz eint die affektiv polarisierten Anhängerschaften der Parteien. Bei allen Gegensätzen: am Schluss versammelt sich die politische Schweiz um das Lagerfeuer der eigenwilligen politischen Ordnung dieses Landes.

Dominante Narrative – nach Parteipräferenz (Abb. 37)

«Wenn wir von der Schweiz sprechen, benutzen wir häufig ähnliche Bilder. Was macht für Sie die Schweiz besonders aus? (Maximal 3 Antworten)»



Einschätzung von Bundesrat und Parlament

Parlamentswahlen haben in der Schweiz nur einen indirekten Einfluss auf die Regierungszusammensetzung, da der Bundesrat durch die Mitglieder der eidgenössischen Räte gewählt wird. Die Wahlberechtigten bewerten den Einfluss der einzelnen Bundesrätinnen und Bundesräte auf die Politik und deren Sympathiewerte im Rahmen des SRG-Wahlbarometers aber regelmässig. Von besonderem Interesse ist zudem die Einschätzung der politischen Ausrichtung des aktuellen Parlaments und des Bundesrats durch die Wählenden.

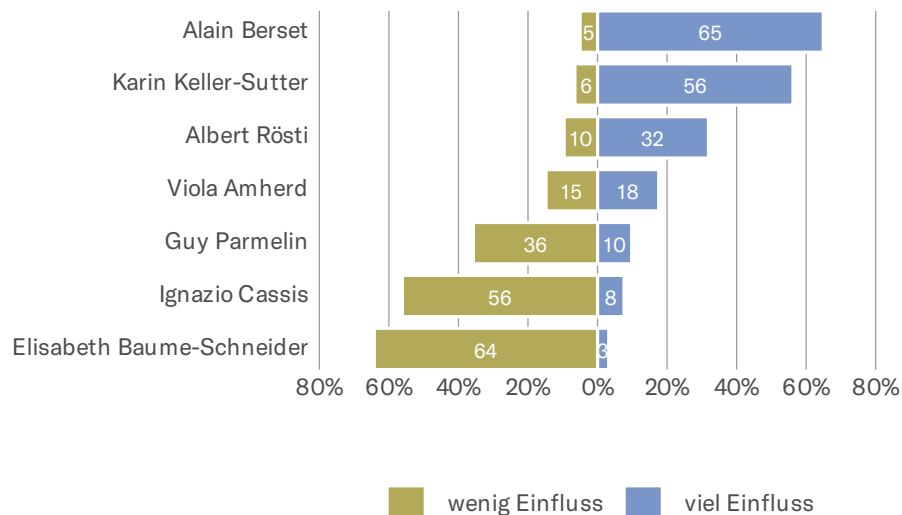
4.1. BUNDESRAT: EINFLUSS-RATING

Im Bundesrats-Rating des SRG-Wahlbarometers werden die Bundesratsmitglieder entlang zweier Dimensionen eingeschätzt: Zum einen nach zugeschriebenem Einfluss und zum anderen nach Sympathie. Die letzte Messung des Einflusses von Alain Berset (SP) unterstreicht, dass sich mit ihm auf Ende Jahr 2023 das einflussreichste Mitglied aus der Landesregierung verabschiedet. 65 Prozent der Befragten attestieren ihm Einfluss und sehen in ihm das mächtigste Mitglied der Landesregierung. Seinen Spitzenplatz dürfte Karin Keller-Sutter (FDP) überneh-

men. Die Finanzministerin steht unverändert an zweiter Stelle in Bezug auf den wahrgenommenen Einfluss der Bundesrätinnen und Bundesräte. Albert Rösti macht ihr den Rang zwar nicht streitig, aber er holt auf. Der im Dezember 2022 gewählte Bundesrat der SVP konnte seinen wahrgenommenen Einfluss von Wahlbarometer zu Wahlbarometer (leicht) steigern, nur jede zehnte Befragte Person betrachtet ihn als einflusslos. An vierter Stelle folgt die Verteidigungsministerin Viola Amherd (Die Mitte). Sie wird von etwas mehr Personen als einflussreich denn einflusslos betrachtet.

Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder (Abb. 38)

«Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen üben am meisten Einfluss aus?» und «Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen können am wenigsten Einfluss ausüben?»

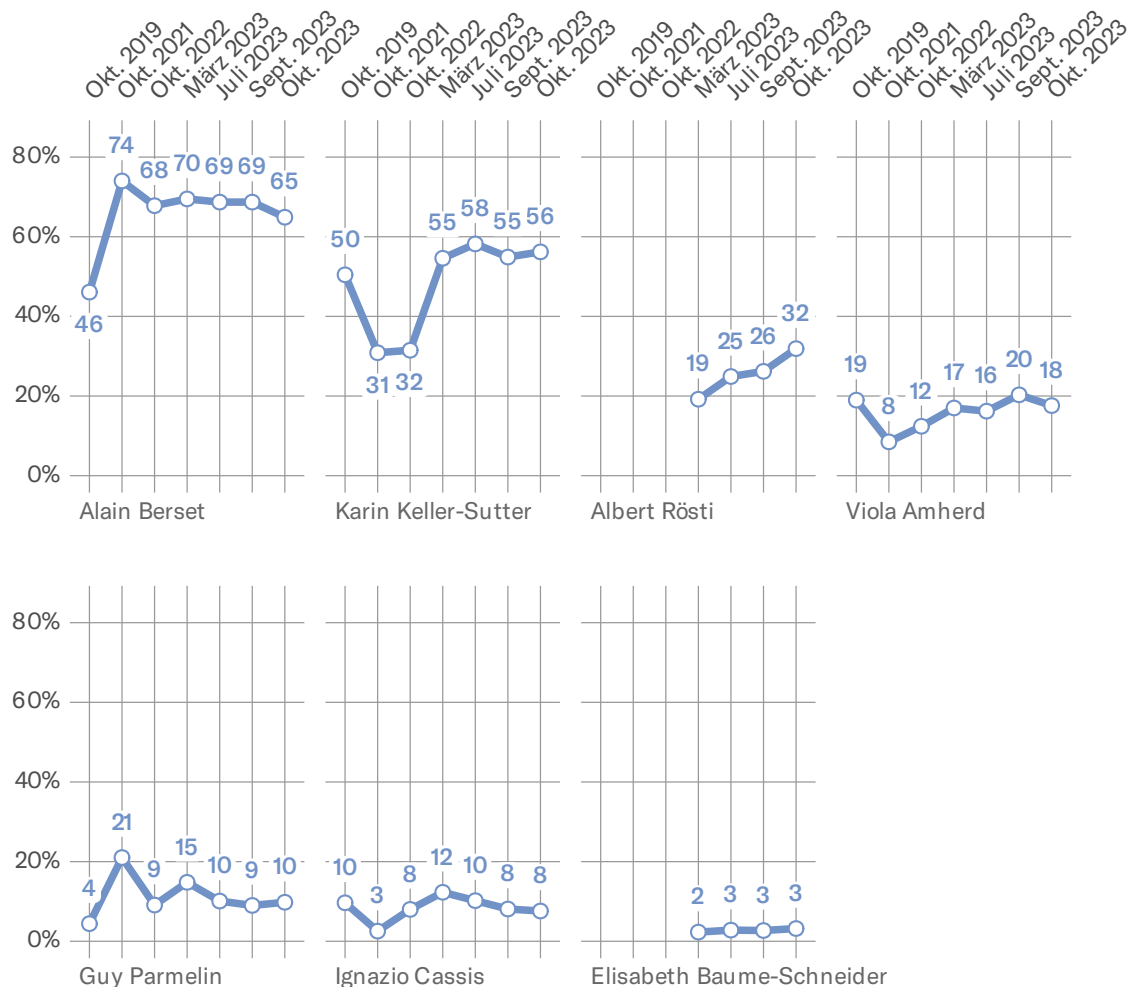


Der wahrgenommene Einfluss von Guy Parmelin (SVP) und Ignazio Cassis (FDP) ist hingegen nach wie vor tief und liegt bei beiden bei weniger als zehn Prozent. Beide Bundesräte werden auch von deutlich mehr Befragten als einflusslos denn einflussreich betrachtet. Die im Dezember 2022 gewählte SP-Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider wird unverändert als Regierungsmitglied mit sehr wenig Einfluss betrachtet. Fast zwei Drittel der Befragten nehmen die Justizministerin als wenig einflussreiches Regierungsmitglied wahr. Die lateinischen Vertretungen im Bundesrat erscheinen mit Ausnahme von Alain

Berset aus Sicht der Mehrheit der Befragten als eher ohne Einfluss zu sein.

Einfluss der Bundesratsmitglieder – Zeitvergleich. (Abb. 39)

Bundesräte mit besonders grossem Einfluss. Maximal zwei Nennungen.

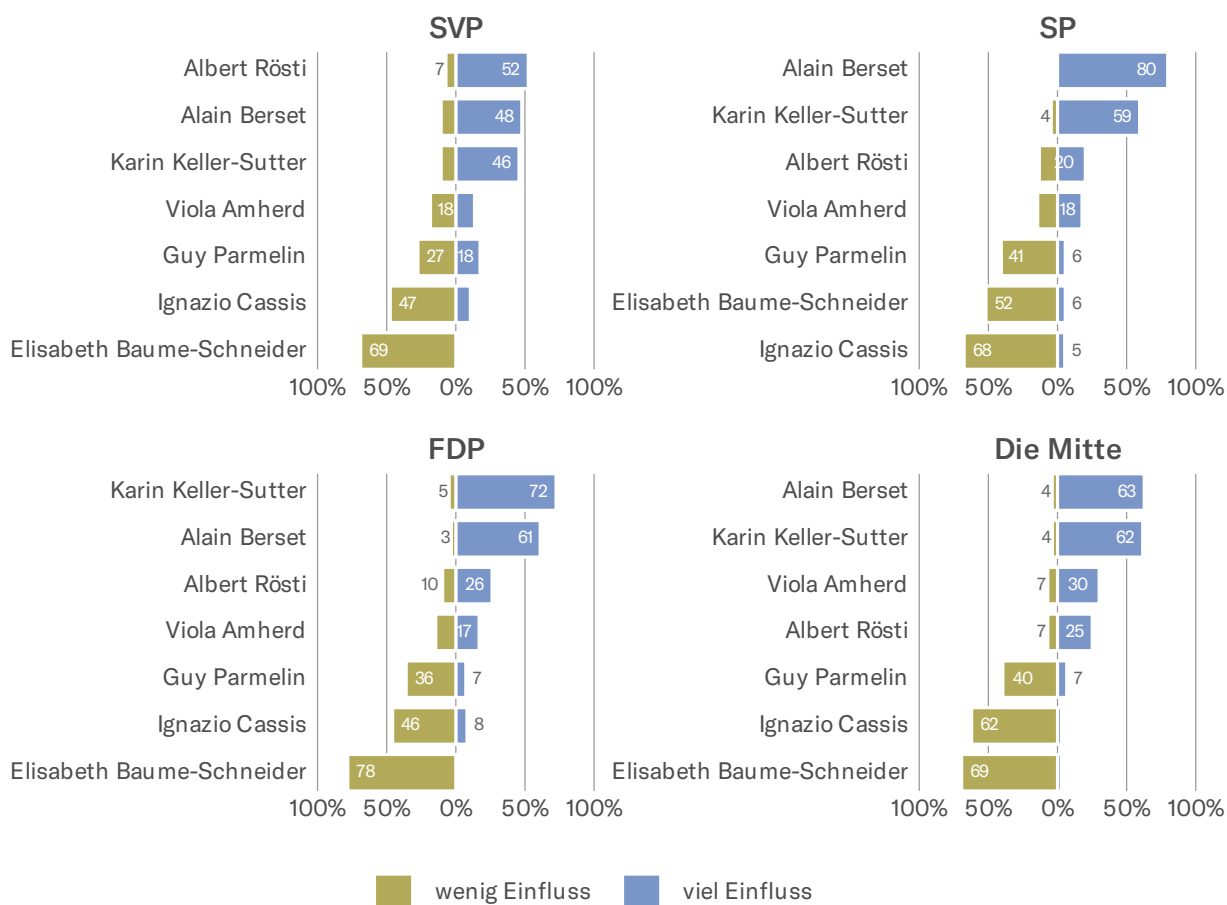


Bundesrat Alain Berset (SP) wurde während der ganzen Legislatur konstant als sehr einflussreich betrachtet, was sicherlich zu einem grossen Teil seiner Rolle während der Covid-19-Pandemie zuzuschreiben ist. In seinen letzten Monaten als Bundesrat hat er leicht an wahrgenommenem Einfluss verloren. Als bald aus dem Bundesrat ausscheidendes Mitglied wird von ihm kein grosser Auftritt mehr erwartet. Karin Keller-Sutter (FDP) konnte sich nach einem Tief während der Pandemie wieder deutlich steigern. Als Finanzministerin wird ihr ebenfalls viel Einfluss zugestanden. Die Übernahme der CS durch die

UBS wirkte sich kurzzeitig noch verstärkend auf ihren wahrgenommenen Einfluss aus. Gut gestartet ist Bundesrat Albert Rösti, der über das ganze Jahr konstant an Einfluss zugelegt hat. Der wahrgenommene Einfluss der Verteidigungsministerin Viola Amherd (Die Mitte) bewegt sich im Mittelfeld. Auch wenn sie durch den Krieg in der Ukraine zwischenzeitlich an Sichtbarkeit gewonnen hat, hat sich ihr wahrgenommener Einfluss nicht merklich verändert. Guy Parmelin (SVP) erlebte nur gerade in der Mitte der Legislatur während seines Präsidentialjahres 2021 ein Hoch. Er gilt zusammen mit Ignazio Cassis (FDP) als Bundesrat mit wenig Einfluss. Das Schlusslicht bildet Elisabeth Baume-Schneider. Sie gilt unverändert als das Regierungsmitglied mit am klar wenigsten Einfluss.

Einfluss der Bundesratsmitglieder – nach Partei (Abb. 40)

«Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen üben am meisten Einfluss aus?» und «Was denken Sie: Welche beiden Bundesräte oder Bundesrätinnen können am wenigsten Einfluss ausüben?»



Die Einschätzung der Bundesräte durch die eigene Parteianhängerschaft ist tendenziell etwas durch die Parteibrille gefärbt. Doch es gibt Veränderungen bei der Betrachtung des Einflusses durch die jeweiligen Anhängerschaften der Bundesratsparteien zu vermelden. Alain Berset ist noch bei der Mitte und der SP auf der Spitzenposition, allerdings nur bei der eigenen Partei mit deutlichem Vorsprung zu Platz 2. Die Anhängerschaft der Mitte betrachtet ihn und Karin Keller-Sutter als praktisch gleich einflussreich, bei der FDP und SVP ist Alain Berset auf dem zweiten Platz.

Die Anhängerschaft der FDP sieht wie bisher die eigene Bundesrätin, Karin Keller-Sutter, mit einigem Abstand vor Alain Berset an erster Stelle. Die Anhängerschaft der SVP betrachtet zum ersten Mal den eigenen Bundesrat, Albert Rösti, als das einflussreichste Mitglied der Regierung – mit etwas Vorsprung zu Alain Berset, dem Karin Keller-Sutter dicht auf den Fersen ist. Der Einfluss ihres zweiten Bundesrats, Guy Parmelin, wird von der SVP-Anhängerschaft zwar als höher eingeschätzt als von anderen Parteien, aber er gilt auch bei der SVP als nicht sehr einflussreich. Und auch die Wählerschaft der Mitte sieht Viola Amherd zwar auf dem dritten Platz, attestiert aber Alain Berset und Karin Keller-Sutter deutlich mehr Einfluss als der eigenen Bundesrätin. Zudem hat Albert Rösti bei der Mitte-Wählerschaft deutlich aufgeholt. Einig ist man sich in allen Parteiwählerschaften, dass Ignazio Cassis und Elisabeth Baume-Schneider sehr wenig Einfluss haben.

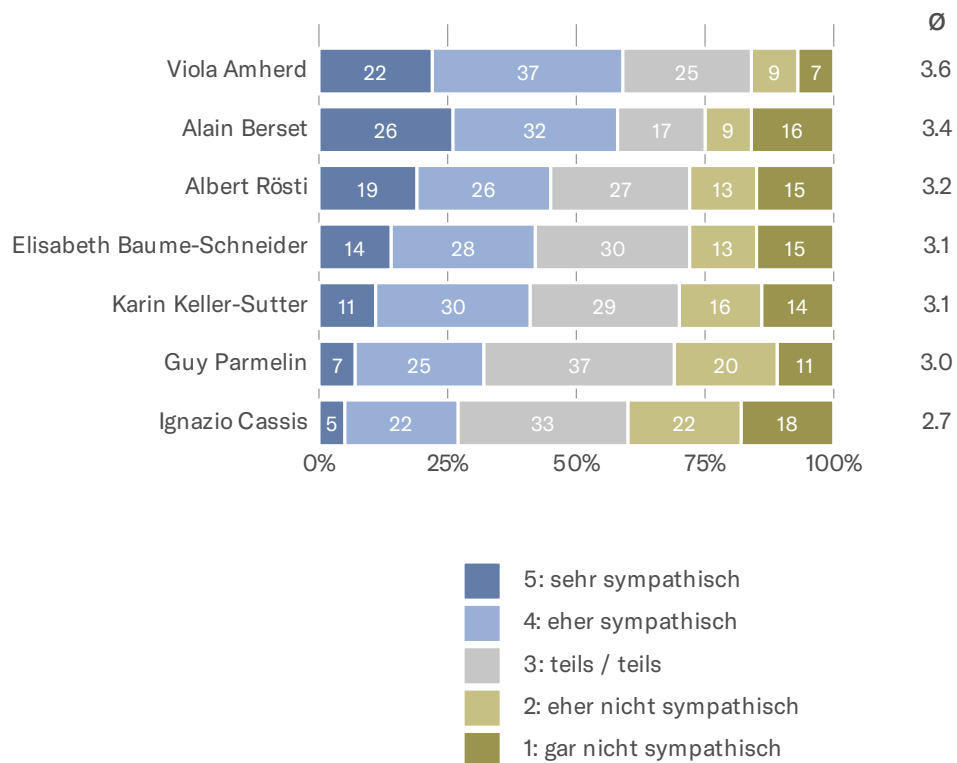
4.2. BUNDESRAT: SYMPATHIE-RATING

Mittels Sympathie-Rating können die Befragten ihre persönlichen Vorlieben zum Ausdruck bringen. Und auch beim Sympathie-Rating gibt es eine Verschiebung. Die Vorsteherin des VBS, Viola Amherd, ist nach wie vor das sympathischste Regierungsmitglied. In einer Skala von 1 bis 5 erzielt sie einen Durchschnittswert von 3,6. An zweiter Stelle folgt Alain Berset (3,4). Der aktuelle Bundespräsident und scheidende Bundesrat wird von noch etwas mehr Befragten als sehr sympathisch ein-

gestuft als Viola Amherd, der Anteil der Befragten, der Berset unsympathisch findet, ist hingegen grösser als bei ihr. Alain Berset lässt kaum jemanden unberührt. Mit deutlich mehr Abstand folgt auf dem dritten Platz Albert Rösti (3,2), gefolgt von Elisabeth Baume-Schneider (3,1). Sie steht nun gleichauf wie Karin Keller-Sutter. Bei Elisabeth Baume-Schneider klaffen der wahrgenommene (geringe) Einfluss und die Sympathie am meisten auseinander. Sie gilt als einflusslos, ist aber beim Sympathie-Rating im Mittelfeld. Bei Karin Keller-Sutter verhält es sich eher umgekehrt. Sie gilt als mächtige Bundesrätin, landet aber im Sympathie-Rating nur auf dem fünften Platz (3,1). Der zweite SVP-Vertreter im Bundesrat, Guy Parmelin (3,0), ist an sechster Stelle.

Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie (Abb. 41)

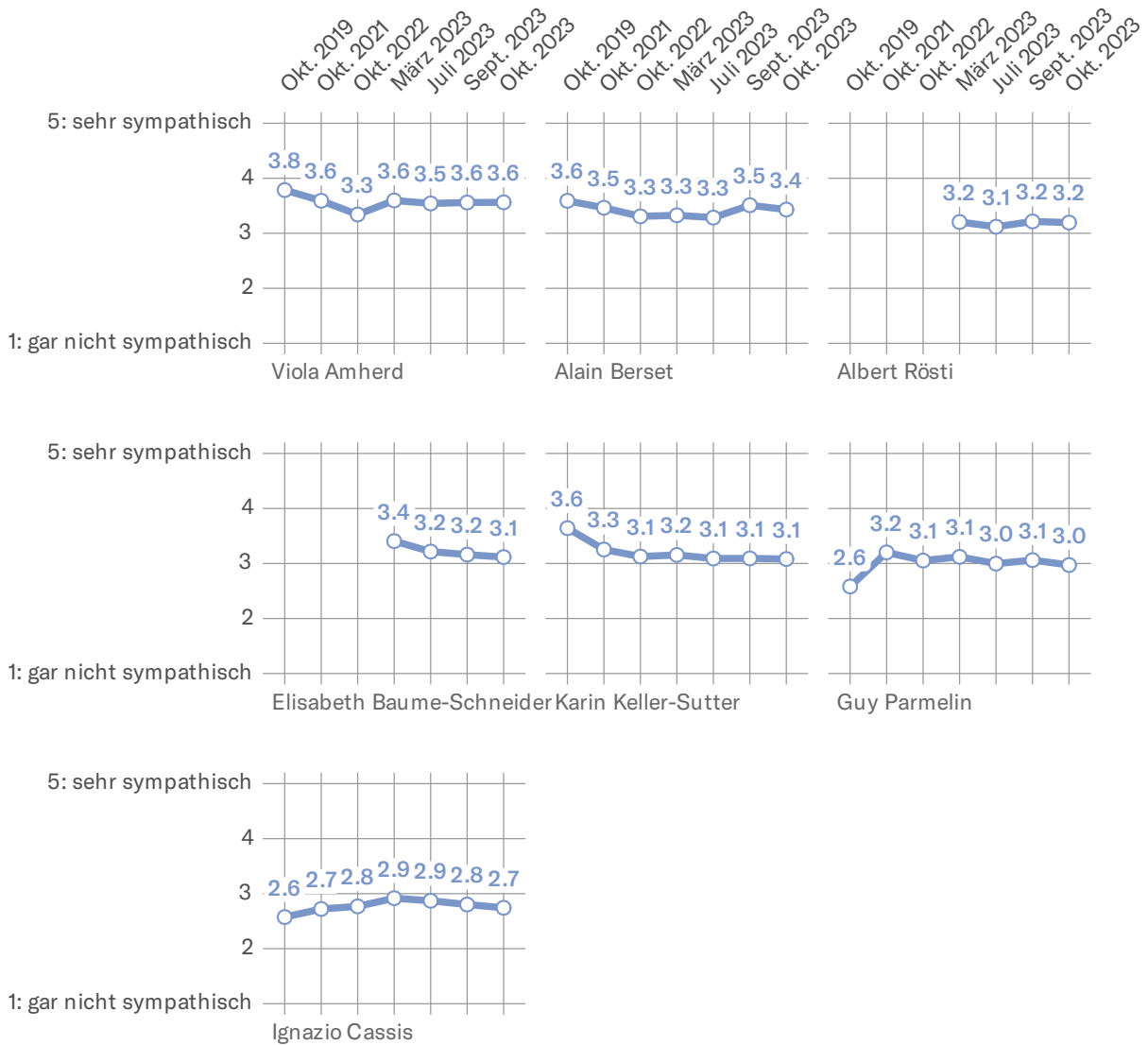
«Welche Bundesräte und Bundesrätinnen sind Ihrer Meinung nach besonders sympathisch?»



Wie bereits in den früheren Befragungen bildet Ignazio Cassis wieder das Schlusslicht. Ignazio Cassis wird von ebenso vielen Befragten als sympathisch wie unsympathisch betrachtet oder als teils/teils.

Sympathie der Bundesratsmitglieder– Zeitvergleich (Abb. 42)

Anteil sehr und eher sympathisch bzw. sehr und eher unsympathisch



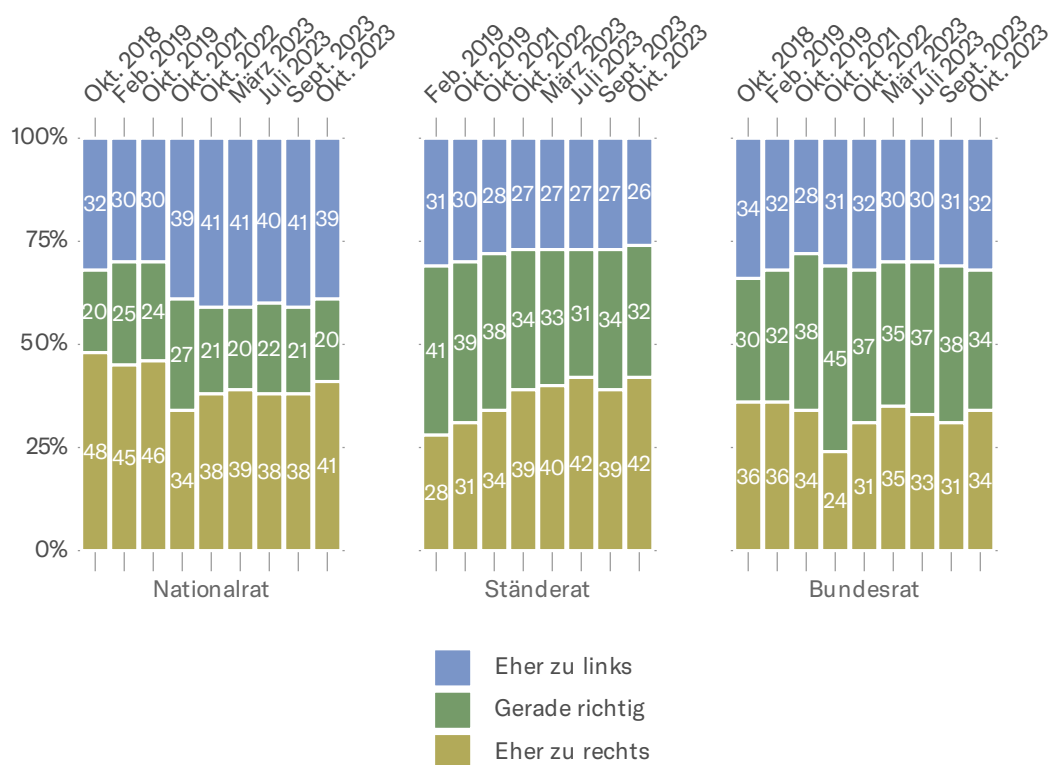
4.3. AUSRICHTUNG DER RÄTE

Wie schätzen die Wählerinnen und Wähler die politische Ausrichtung der beiden Parlamentskammern und der Regierung ein? Sind diese Institutionen ihrer Einschätzung nach politisch gerade richtig, oder eher zu links bzw. eher zu rechts ausgerichtet? Die Einschätzungen von Oktober 2018 bis und mit Oktober 2023 sind in Abbildung 43 dargestellt. In der Legislaturperiode

von 2015 bis 2019 waren jeweils deutlich mehr Wählende der Ansicht, dass der Nationalrat politisch zu weit rechts stehe als zu weit links. In der Folge kam es bei den nationalen Wahlen im Oktober 2019 zu einem für Schweizer Verhältnisse markanten Linksrutsch. Dies dürfte bei den anstehenden Wahlen am 22. Oktober 2023 nicht der Fall sein, ein deutlicher Rechtsrutsch ist aber auch nicht zu erwarten.

Beurteilung der Ausrichtung des Parlaments und der Regierung – Zeitvergleich (Abb. 43)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Nationalrats/Ständerats/Bundesrats in dieser Legislatur ein?»



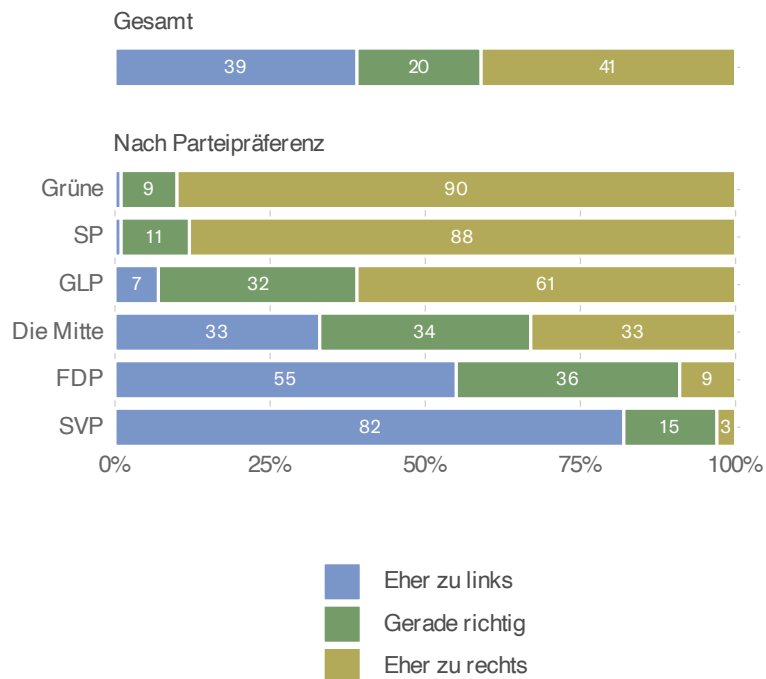
Das aktuelle Parlament wird über fast die ganze Legislatur hinweg konstant als deutlich ausgeglichener eingeschätzt als das letzte. Ein Monat vor den Wahlen ist eine von fünf befragten Personen der Ansicht, der Nationalrat sei gerade richtig positioniert. 41 Prozent der Befragten betrachten den Nationalrat als eher zu rechts, knapp weniger (39%) als zu links. Anders sieht es bei der Einschätzung der politischen Ausrichtung des Ständerats aus. Wurde er zu Beginn der Legislaturperiode von fast vierzig Prozent als gerade richtig positioniert betrachtet,

liegt dieser Anteil seit einem Jahr bei etwa einem Drittel. Dafür nahm der Anteil derjenigen, die ihn als zu rechts betrachten, über die Zeit zu und stieg seit Oktober 2019 von 31 auf 42 Prozent. Als zu links empfindet ein Viertel der Befragten die kleine Kammer, das kommt gegenüber Oktober 2019 einem leichten Rückgang gleich.

Der Bundesrat wird von den Befragten zu etwa gleichen Teilen als gerade richtig resp. zu links bzw. zu rechts eingeschätzt. Der Anteil derjenigen, die ihn gerade richtig positioniert finden, ging im Vergleich zur Halbzeit der Legislatur deutlich zurück. Direkt nach der Pandemie empfand fast die Hälfte der Bevölkerung die Regierung als gerade richtig positioniert, im Vergleich zur vorangehenden Legislatur kam das einer deutlichen Zunahme gleich. Mittlerweile liegt der Anteil derjenigen, die den Bundesrat als gerade richtig positioniert betrachten, sogar etwas tiefer als vor den letzten nationalen Wahlen.

Beurteilung der Ausrichtung des Nationalrats – nach Partei (Abb. 44)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Nationalrats in dieser Legislatur ein?»

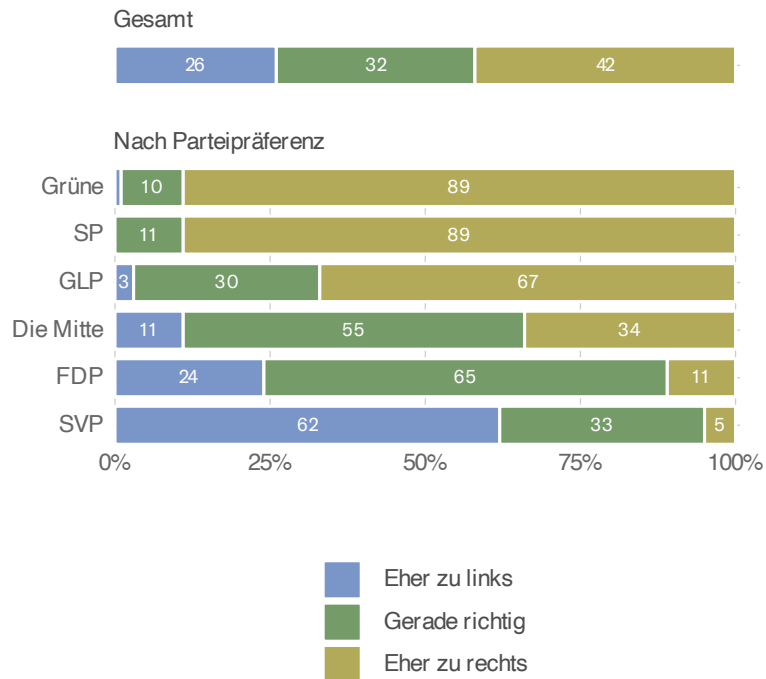


Bei der Frage nach der politischen Ausrichtung zeigt sich die polarisierte Parteienlandschaft der Schweiz sehr deutlich. Die

Wählenden der Polparteien nehmen den Nationalrat, den Ständerat und auch den Bundesrat grossmehrheitlich als zu rechts respektive als zu links wahr. Am ausgeprägtesten ist diese Situation für die Einschätzung der Ausrichtung des Nationalrats zu beobachten: Von den Wählenden des rotgrünen Lagers empfinden 90 Prozent (Grüne) resp. 88 Prozent (SP) den Nationalrat als zu rechts. Von den Wählenden der SVP sind auf der anderen Seite 82 Prozent der Ansicht, der Nationalrat sei zu links. Nur eine Minderheit von weniger als zehn und 15 Prozent der jeweiligen Parteiwählerschaften an den Polen des politischen Spektrums sind der Meinung, der Nationalrat sei gerade richtig positioniert. Bei den Wählerschaften der traditionellen bürgerlichen Parteien, FDP und der Mitte, aber auch von der GLP, ist dieser Anteil drei Mal so hoch und liegt bei rund einem Drittel. Es zeigt sich weiter, dass je mehr sich die Parteiwählerschaften nach links bewegen, desto mehr nehmen sie den Nationalrat als deutlich zu rechts wahr. Die Wählerschaft der Mitte weist von allen Parteiwählerschaften die ausgeglichene Verteilung auf. Gut ein Drittel nimmt den Nationalrat als zu rechts wahr, ein weiteres gutes Drittel als gerade richtig und knapp ein Drittel als zu links.

Beurteilung der Position des Ständerats – nach Partei (Abb. 45)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Ständerats in dieser Legislatur ein?»



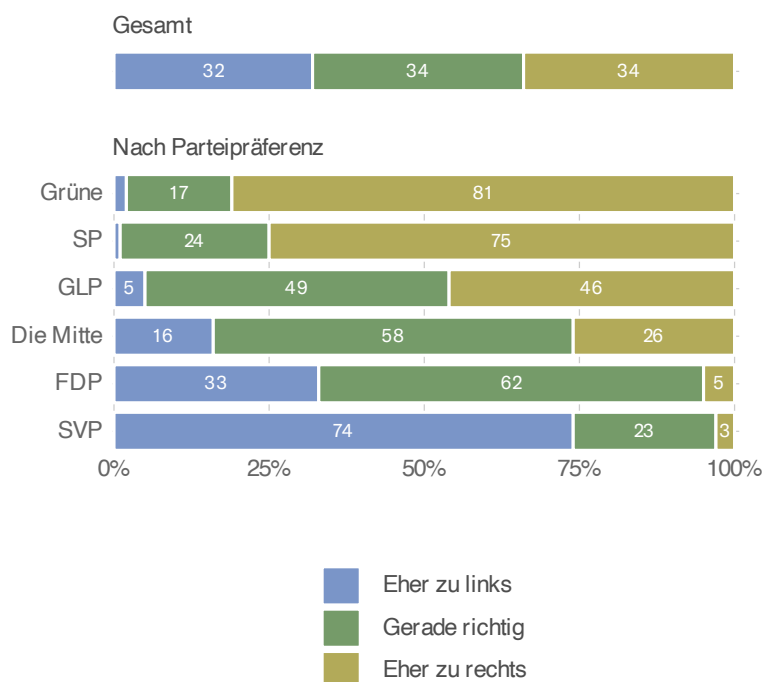
Die Mitglieder des Ständerats werden mit Ausnahme der Kantone Jura und Neuenburg nach dem Majorzwahlrecht gewählt. Die stärkste Partei im Ständerat ist die Mitte mit aktuell 14 Sitzen, gefolgt von der FDP mit 12 Sitzen. Folglich haben die Parteien der traditionellen bürgerlichen Schweiz in der kleinen Kammer mit 26 von 46 Sitzen eine klare Mehrheit inne. Das wirkt sich zum einen auf das Profil des Ständerats aus, zum anderen auf die Wahrnehmung durch die Wählenden. Der Anteil der Befragten, der zufrieden mit der Ausrichtung des Ständerats ist, ist mit 32 Prozent zwar deutlich grösser als beim Nationalrat, den nur gut ein Fünftel gerade richtig positioniert findet. Der Ständerat wird von 42 Prozent als zu rechts empfunden, beim Nationalrat liegt der Anteil mit 41 Prozent gleich. Den Ständerat betrachtet ein Viertel der Befragten als zu links, beim Nationalrat liegt der Anteil bei 39 Prozent.

Am zufriedensten mit der Positionierung des Ständerats zeigt sich die Wählerschaft der FDP. Zwei Drittel der liberalen Wählerschaft betrachtet den Ständerat als gerade richtig positioniert.

Auch die Wählerschaft der Mitte ist mehrheitlich zufrieden. Ein Drittel ist allerdings der Ansicht, der Ständerat wäre zu rechts, gut jede zehnte Person betrachtet ihn als zu links. Im Einklang mit der politischen Position dieser beiden Parteien findet hingegen ein Viertel der FDP-Wählerschaft, dass der Ständerat zu links sei, gut jede zehnte befragte Person betrachtet ihn als zu rechts. Die SVP-Wählerschaft nimmt hingegen auch den Ständerat grossmehrheitlich als zu links wahr, zufrieden mit seiner Positionierung ist ein Drittel. Das entspricht einem bedeutend grösseren Anteil der Wählerschaft, als dies im rotgrünen Lager der Fall ist, welches den Ständerat mit einem Anteil von gegen neunzig Prozent als zu rechts empfindet. Im Vergleich mit dem letzten Wahlbarometer vom September 2023 hat sich diesbezüglich fast nichts verändert.

Beurteilung der Ausrichtung des Bundesrats – nach Partei (Abb. 46)

«Wie schätzen Sie die politische Ausrichtung des Bundesrats in dieser Legislatur ein?»



Beim Bundesrat zeigt sich ein ähnliches Bild wie beim Ständerat. Die Wählerschaften der traditionellen bürgerlichen Parteien sind mehrheitlich der Ansicht, der Bundesrat wäre gerade richtig positioniert. Und obwohl im Bundesrat FDP und SVP

im siebenköpfigen Gremium mit je zwei Sitzen vertreten sind, finden drei Viertel der SVP-Wählerschaft, dass der Bundesrat zu links sei, auch ein Drittel der FDP-Wählenden teilt diese Ansicht. Die linke Seite hat zwei Sitze im Bundesrat. Es ist daher wenig erstaunlich, dass von den links positionierten Wählerschaften praktisch niemand den Bundesrat als zu links betrachtet. Lediglich 17 Prozent der Wählerschaft der Grünen und ein Viertel der SP-Wählerschaft sind mit der Ausrichtung der Landesregierung zufrieden, diese Werte gingen im Vergleich zur Befragung vom September zurück. Drei Viertel bis vier Fünftel der linken Wählerschaft betrachtet den Bundesrat als zu rechts. Die GLP-Wählerschaft ist am meisten gespalten, ungefähr gleich viele Befragte sind der Ansicht, der Bundesrat wäre gerade richtig bzw. zu rechts ausgerichtet.

4.4. ZUSAMMENSETZUNG DES BUNDESRATS

Seit dem Frühling 2023 werden die Teilnehmenden des Wahlbarometers auch nach ihrer Beurteilung der aktuellen parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrats und ihrer diesbezüglichen Zufriedenheit gefragt.

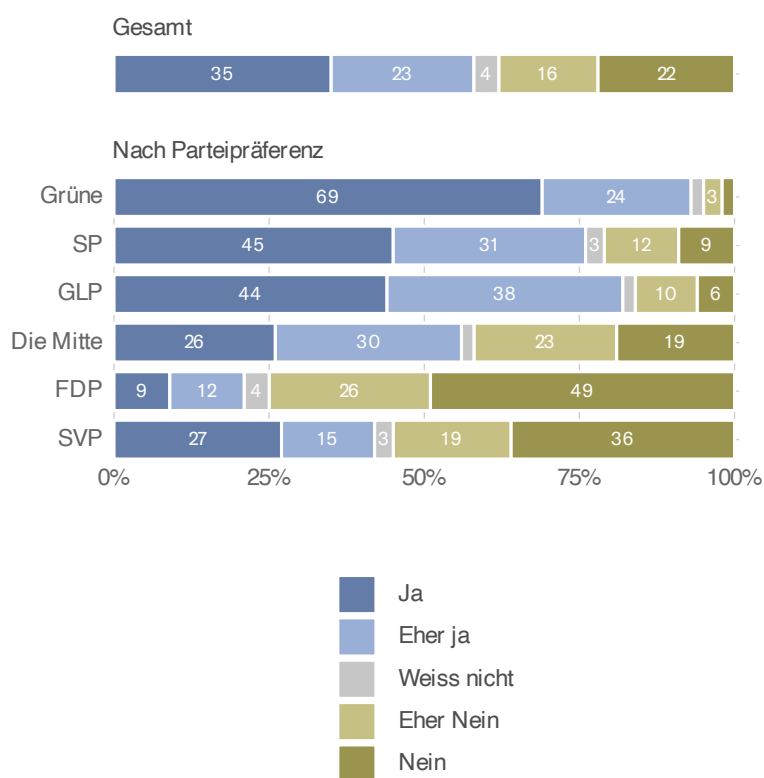
Knapp sechzig Prozent der Befragten wünschen (eher) eine Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierung, knapp vierzig Prozent (eher) nicht. Unentschieden sind nur vier Prozent. Allerdings sind sich die Parteiwählerschaften in dieser Frage nicht einig. Am deutlichsten eine Veränderung wünscht sich klar die Wählerschaft der Grünen Partei. Die Grünen sind bisher auch nicht in der Landesregierung vertreten, obwohl ihr Wähleranteil über die Zeit stark angestiegen ist. Fast ihre gesamte Wählerschaft wünscht sich denn auch eine Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierung.

Auch die GLP ist nicht im Bundesrat vertreten. Ihre Parteiwählerschaft spricht sich ebenfalls für eine neue Zusammensetzung aus, aber mit gut achtzig Prozent weniger dezidiert als die Wählerschaft der Grünen. Für eine Veränderung der Zusam-

mensetzung der Landesregierung spricht sich drei Viertel der SP-Wählerschaft aus. Gut die Hälfte der Wählerschaft der Mitte spricht sich ebenfalls für eine Veränderung aus, gut vierzig Prozent sind (eher) dagegen. Bei der SVP spricht sich eine knappe Mehrheit von 55 Prozent (eher) gegen eine Veränderung aus, gut vierzig Prozent wären (eher) dafür. Nur die Wählerschaft der FDP ist deutlich gegen eine neue Zusammensetzung des Bundesrats.

Notwendigkeit einer Veränderung (Abb. 47)

Frage: «Wünschen Sie eine Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung des Bundesrats (Heute: 2 SVP, 2 SP, 2 FDP, 1 Mitte)?»



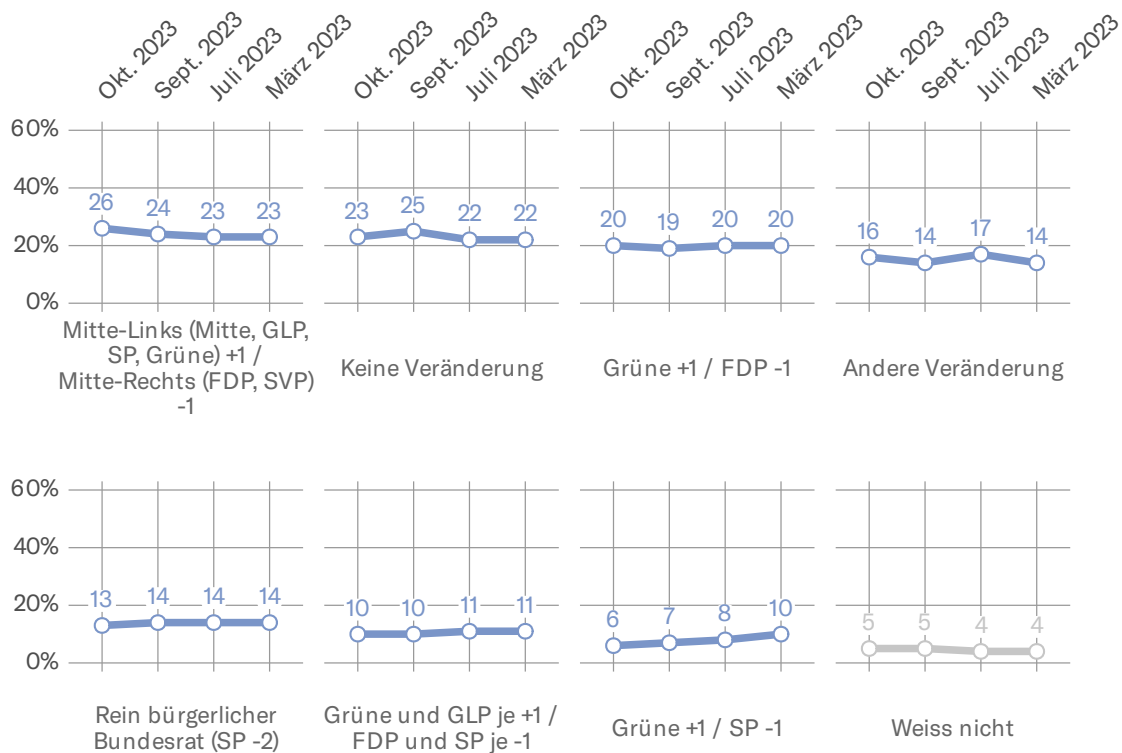
Dass die FDP-Wählerschaft nicht an einer Veränderung interessiert ist, ist insofern nachvollziehbar, da schon seit geraumer Zeit darüber debattiert wird, ob das Mitte-rechts-Lager mit zwei FDP- und zwei SVP-Sitzen im Bundesrat möglicherweise als übervertreten betrachtet werden könnte.

Die Zustimmungswerte zu den möglichen Rochaden sind seit Frühjahr 2023 relativ unverändert. Der Vorschlag, dass Mitte-

rechts einen Sitz zu Gunsten des links-progressiven Lagers abgäbe, stösst mit knapp einem Viertel denn auch auf am meisten Zustimmung in Bezug auf eine allfällige Neuzusammensetzung. Allerdings wünschen sich mit einem Viertel genauso viele Befragte keine Veränderung der Regierungszusammensetzung. Ein Fünftel der Befragten wäre konkret dafür, den Grünen einen Sitz auf Kosten der FDP zukommen zu lassen. Alle anderen Vorschläge kommen deutlich schlechter an. Sowohl ein rein bürgerlicher Bundesrat oder ein Bundesrat mit nur noch einem Sitz der SP zu Gunsten von grün beziehungsweise grünliberal, findet nur sehr wenig Zustimmung.

Art der parteipolitischen Veränderung (Abb. 48)

Frage: «Welche der folgenden Anpassungen würden Sie begrüssen? (Markieren Sie alle Varianten, die Sie besser finden als die aktuelle)»

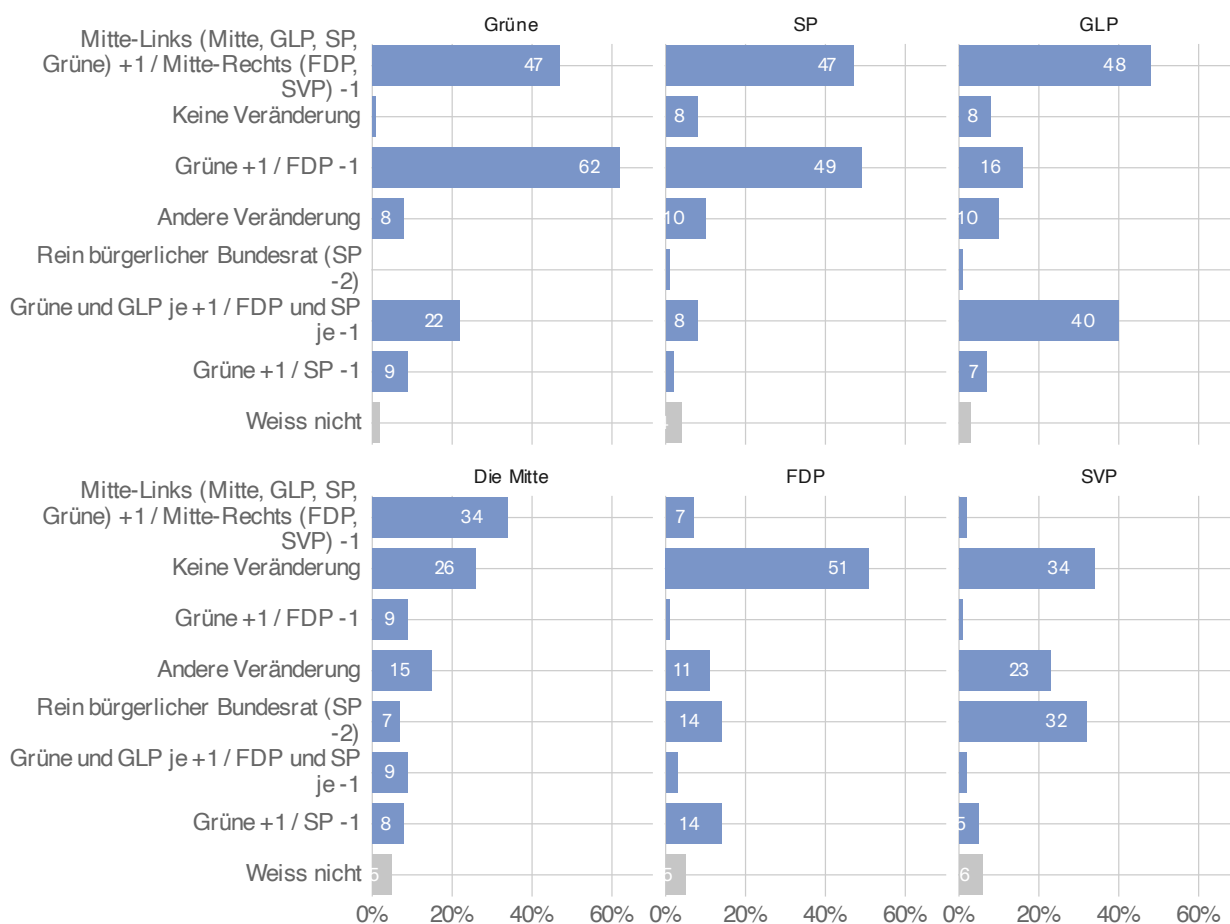


Von den einzelnen Parteiwählerschaften spricht sich die FDP am deutlichsten für den Status Quo aus. Knapp zwei Drittel der Wählerschaft der Grünen möchte einen Sitz für die eigene Partei zu Lasten der FDP. Knapp die Hälfte spricht sich aber einfach

für eine generelle Stärkung des links-progressiven Lagers zu Lasten von Mitte-rechts aus. Unterstützung bekommt sie dafür von der SP-Wählerschaft, die dies ähnlich einschätzt. Auch die GLP-Wählerschaft möchte eher dem Mitte-rechts Lager einen Sitz wegnehmen, könnte sich aber zu gut vierzig Prozent auch vorstellen, statt der FDP/SVP der SP/FDP einen Sitz zu Gunsten von grün und grünliberal zu nehmen. Die Wählerschaft der Mitte ist sich nicht einig, spricht sich aber etwas häufiger für eine Zusammensetzung mit einem Sitz mehr für Mitte-links aus als für den Status Quo. Die SVP-Wählerschaft hat keine Mehrheitspräferenz, ein rein bürgerlicher Bundesrat oder der Status Quo stossen bei je etwa einem Drittel der Wählerschaft auf Zustimmung.

Art der parteipolitischen Veränderung (Abb. 49)

Frage: «Welche der folgenden Anpassungen würden Sie begrüssen? (Markieren Sie alle Varianten, die Sie besser finden als die aktuelle)» - Nach Parteien



Profil der Wählenden

Wie setzt sich die Wählerschaft der einzelnen Parteien nach demographischen und sozioökonomischen Kriterien zusammen? Im folgenden Kapitel wird das Profil der Parteianhängerschaften unter die Lupe genommen. Das stabile Parteiengefüge der Schweiz bringt es mit sich, dass sich bei der aktuellen Wahlabsicht auch in soziodemographischer Hinsicht stabile Muster zeigen. Dennoch sind einige Auffälligkeiten festzustellen, die im Einklang stehen mit den ausgewiesenen Veränderungen in Bezug auf den Wahlentscheid.

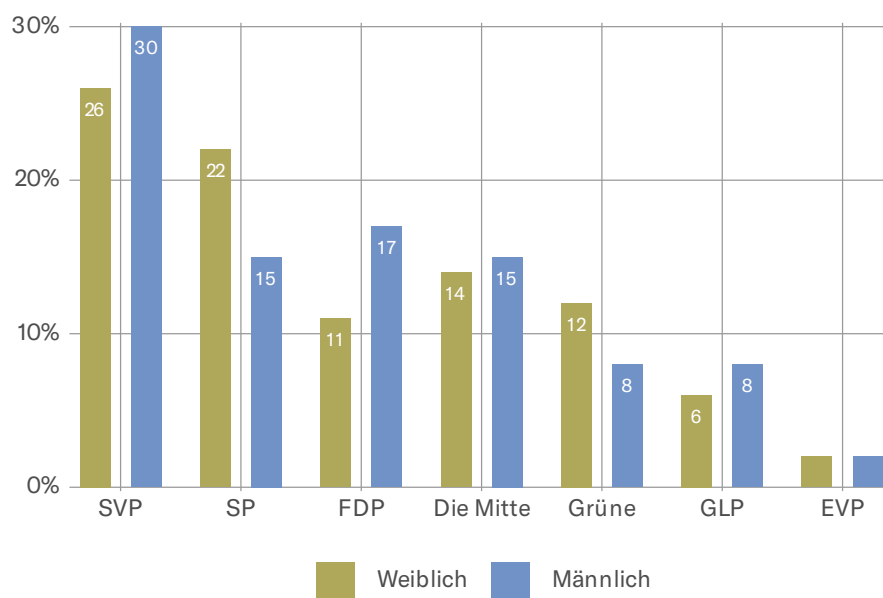
5.1. DEMOGRAPHIE: GESCHLECHT UND ALTER

Die Parteien des politischen Zentrums, d.h. die Mitte, die GLP und die EVP, werden zu praktisch gleichen Anteilen von Wählerinnen und Wählern unterstützt. Bei den links und rechts der Mitte stehenden Parteien trifft dies nicht zu. Abbildung 50 zeigt, dass sowohl die SVP wie auch die FDP einen höheren Anteil an Wählern als an Wählerinnen haben, während die Parteien auf der linken Seite, d.h. die SP und die Grünen, von mehr Wählerinnen als Wählern unterstützt werden. 30 Prozent der Männer geben an, die SVP wählen zu wollen, 17 Prozent wollen für die FDP votieren. Fast die Hälfte der männlichen Wählerschaft unterstützt somit eine Partei, die rechts der Mitte angesiedelt ist.

Fast ein Viertel der Männer würde eine Partei des linken Spektrums wählen, ebenfalls gut ein Viertel eine Partei in der politischen Mitte. Von den Wählerinnen würde gut ein Drittel eine Partei des linken Spektrums wählen, ebenfalls gut ein Drittel eine Partei des rechten Spektrums und ungefähr ein Viertel eine Zentrumspartei.

Wähleranteile nach aktueller Wahlabsicht – Nach Geschlecht (Abb. 50)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?»; In der ersten Version dieses Berichtes vom 11.10.23 war eine fehlerhafte Grafik abgebildet. Diese wurde durch die korrekte Grafik ersetzt.



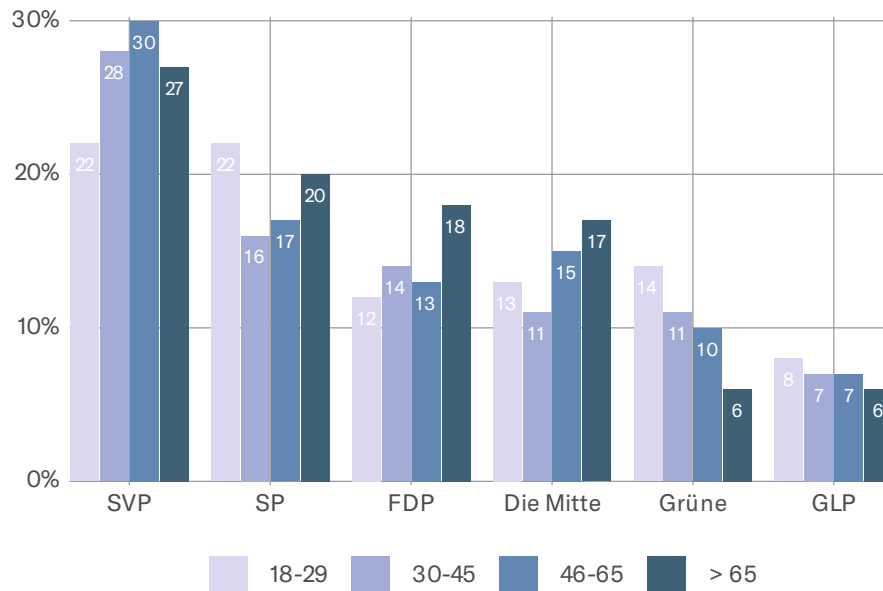
Die traditionellen Parteien der bürgerlichen Schweiz, die Mitte und die FDP, sind die Parteien, die von älteren Wählenden deutlich besser unterstützt werden als von jüngeren. Die Mitte hat bei Personen über 65 einen deutlich grösseren Wähleranteil als bei Personen bis 45. Genau umgekehrt zeigt sich das Bild bei den Grünen. Die Partei behält ihre Attraktivität für junge Wählersegmente, sie hat mehr als doppelt so viele Unterstützende unter 46 als im Rentenalter.

In allen Altersgruppen auf einen ungefähr gleich hohen Wähleranteil kommt vor allem die GLP. Bei der SVP zeigt sich, dass sie in der Tendenz von Personen in der aktiven Lebensmitte am besten und weniger bei den jüngeren Personen ankommt, die

SP hingegen spricht mittlerweile die jüngsten Wählenden etwas besser an als ältere.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Alter (Abb. 51)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?» ; In der ersten Version dieses Berichtes vom 11.10.23 war eine fehlerhafte Grafik abgebildet. Diese wurde durch die korrekte Grafik ersetzt.



Betrachtet man die Wahlentscheidung der Altersgruppen nach Geschlecht, zeigen sich einige Auffälligkeiten. Ausgeprägt sind die Geschlechterunterschiede innerhalb einer Altersgruppe bei der SP und den Grünen sowie bei der FDP und – vor allem bei der jüngsten Generation – bei der SVP. Auf der anderen Seite zeigen sich über alle Altersgruppen hinweg bei der Wählerschaft der Mitte und der GLP am wenigsten Geschlechterunterschiede.

Betrachtet man die jüngste Altersgruppe innerhalb der Wählerschaft, so zeigen sich bei den beiden linksstehenden Parteien grosse Geschlechterunterschiede. SP und Grüne haben deutlich mehr junge Wählerinnen als Wähler. Auf der anderen Seite wird die SVP von jungen Männern häufiger unterstützt als von Wählerinnen unter 30.

Bei den 30- bis 45-Jährigen sind die Geschlechterunterschiede der Polparteien immer noch deutlich, wenn auch etwas weniger ausgeprägt. Auch für diese Altersgruppe sind die Parteien

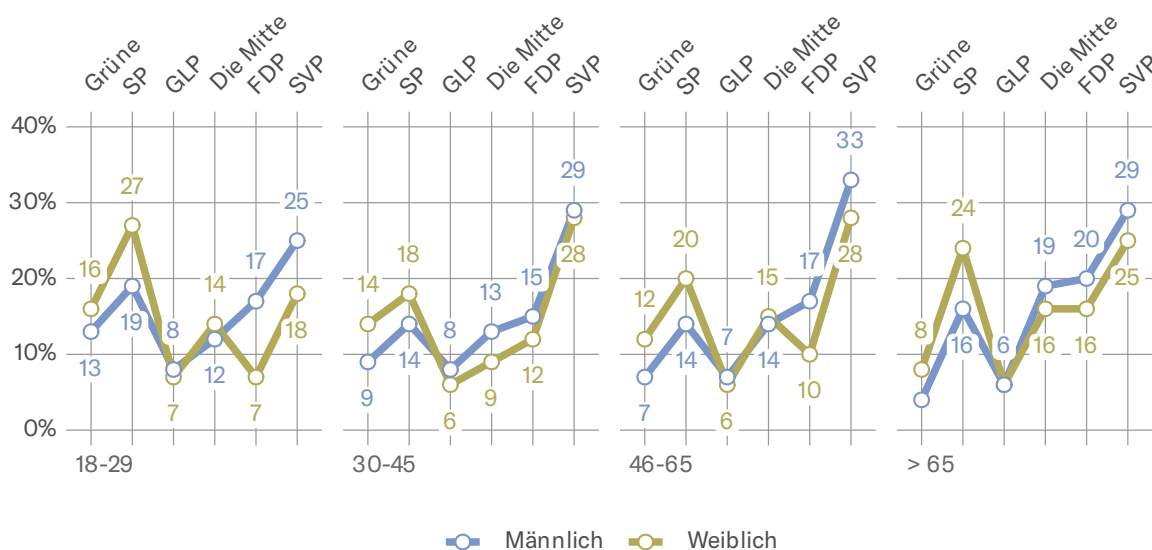
des linken Spektrums für Wählerinnen attraktiver als für Wähler, während die SVP bei Männern leicht besser ankommt als bei Frauen. Die GLP, die Mitte und die FDP werden in der Tendenz auch mehr von Wählern als von Wählerinnen gewählt, aber die Unterschiede sind viel kleiner als in anderen Altersgruppen.

Nach bereits ausgeführtem Muster zeigen sich in der Altersgruppe der 46- bis 65-Jährigen vor allem bei der Wählerschaft der FDP sowie der Linksparteien Geschlechterunterschiede. Frauen in dieser Altersgruppe wählen häufiger linke Parteien als Männer, die FDP kommt dafür bei Männern besser an als bei Frauen. Für die GLP, die Mitte und auch die SVP zeigen sich bei den 45- bis 65-Jährigen hingegen praktisch keine Geschlechterunterschiede.

Bei der Altersgruppe über 65 zeigt sich bei der SP ein bestehender starker Geschlechterunterschied, ebenso bei der FDP. Bei den Grünen sowie auch bei der SVP hingegen ist er deutlich kleiner als bei den jüngeren Wählenden.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Alter und Geschlecht (Abb. 52)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?» ; In der ersten Version dieses Berichtes vom 11.10.23 war eine fehlerhafte Grafik abgebildet. Diese wurde durch die korrekte Grafik ersetzt.



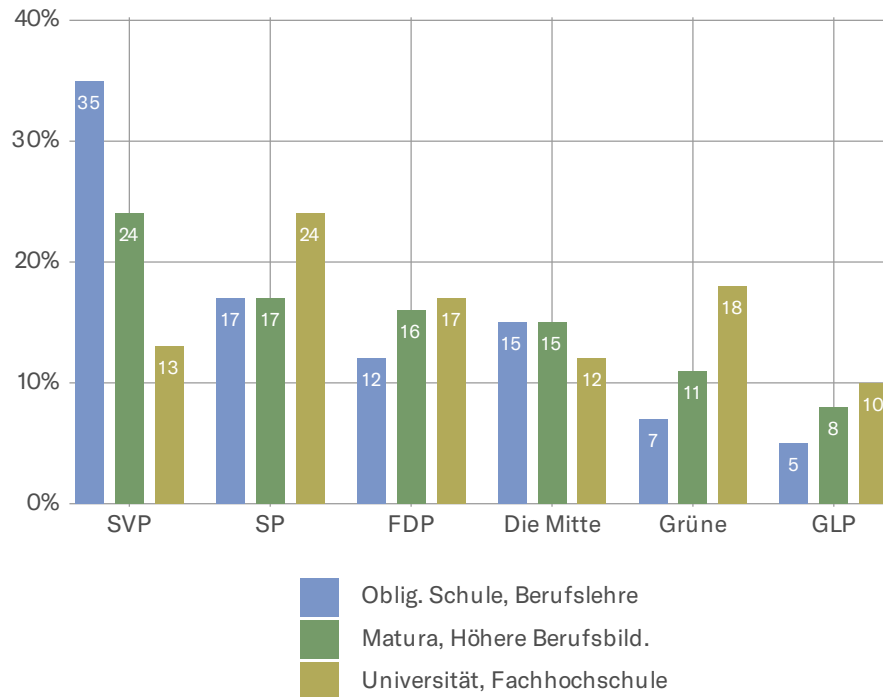
5.2. SOZIALE SCHICHTUNG: BILDUNG UND EINKOMMEN

Bildungsabschluss und Einkommen sind die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung. Die Auswertung der Profile der einzelnen Wählerschaften zeigt, dass diese beiden Merkmale zwischen den einzelnen Parteiwählerschaften sehr unterschiedlich verteilt sind.

Wie Abbildung 53 zeigt, ist die Verteilung nach Bildungsniveau zwischen den Parteien sehr ungleich. Die SVP hat einen mehr als doppelt so hohen Anteil an Wählenden mit tieferer Bildung als mit höherer Bildung, in der Tendenz hat auch die Mitte mehr Wählende mit tiefer und mit mittlerer Bildung als mit höherer. Genau umgekehrt ist es bei der Wählerschaft der Grünen, in deren Wählerschaft mehr als doppelt so viele Personen über einen höheren Bildungsabschluss verfügen als über einen tieferen. Auch in der Parteiwählerschaft der SP weisen am meisten Personen einen höheren Bildungsabschluss auf, ebenso bei der GLP und etwas weniger stark bei der FDP.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht – Nach Bildungsabschluss (Abb. 53)

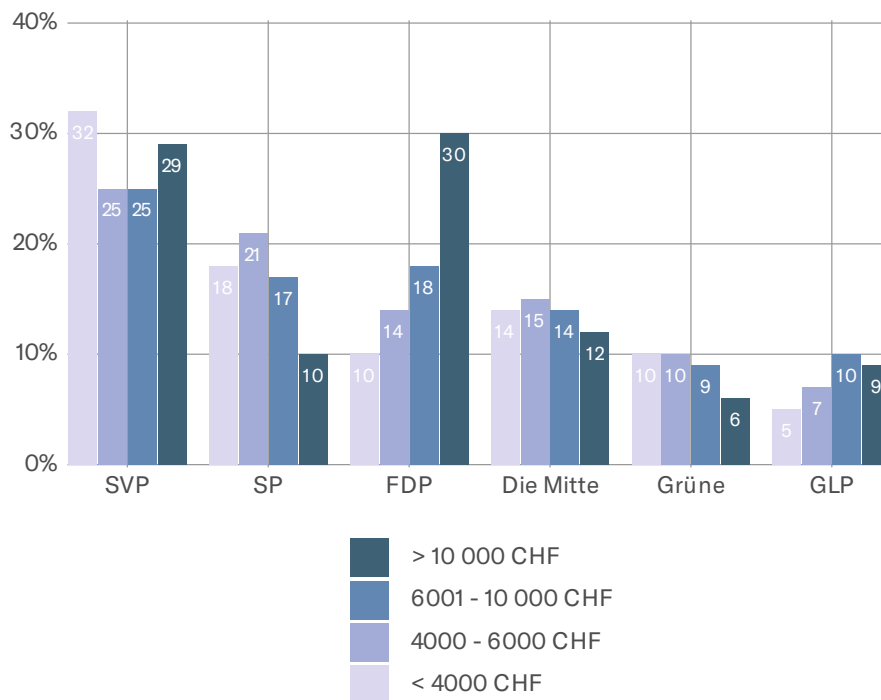
«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?» ; In der ersten Version dieses Berichtes vom 11.10.23 war eine fehlerhafte Grafik abgebildet. Diese wurde durch die korrekte Grafik ersetzt.



Aufgeschlüsselt nach Einkommensgruppen zeigen sich grosse Unterschiede in der Zusammensetzung der einzelnen Parteiwählerschaften. Seit diesem Jahr werden die Einkommen der Befragten individuell erhoben und nicht mehr, wie in früheren Ausgaben des Wahlbarometers, das Haushaltseinkommen. Aus diesem Grund ist auch die Vergleichbarkeit mit früheren Wahlbarometern eingeschränkt.

Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach monatlichem Haushaltseinkommen (Abb. 54)

«Welche Partei würden Sie hauptsächlich wählen, wenn am kommenden Wochenende in der Schweiz Nationalratswahlen wären?» ; In der ersten Version dieses Berichtes vom 11.10.23 war eine fehlerhafte Grafik abgebildet. Diese wurde durch die korrekte Grafik ersetzt.



Von den Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von über 10'000 Franken wählen 29 Prozent die SVP und 30 Prozent die FDP. Über die Hälfte der sehr gut verdienenden Personen in der Schweiz geben ihre Stimme somit einer der beiden Parteien aus dem rechts-bürgerlichen Spektrum. Allerdings hat die SVP auch bei den Personen aus der tiefsten Einkommensklasse mit 32 Prozent den höchsten Wähleranteil, während in der Wählerschaft der FDP diejenigen mit einem Einkommen von weniger als 4'000 Franken den kleinsten Teil ausmachen.

Die Wählerschaften der links positionierten Parteien SP und Grüne, aber auch die der Mitte, sind am wenigsten bei den sehr gut verdienenden Personen vertreten. Diese Parteien haben in Bezug auf das Einkommen eine relative Ausgeglichenheit ihrer Wählerschaft von den wenig bis mittelgut verdienenden Personen. Bei der GLP sind eher die gut bis sehr gut verdienenden Personen vertreten, diese Partei kommt nur auf einen

kleinen Anteil an Wählerstimmen bei den wenig verdienenden Wählenden.

Bei der Wählerschaft der FDP und der GLP widerspiegelt sich das Bildungsniveau in der Einkommensverteilung. Die Parteien haben in ihrer Wählerschaft gut ausgebildete Personen, die auch gut verdienen. Bei der SP und den Grünen ist es gerade umgekehrt. Beide haben in ihrer Wählerschaft überdurchschnittlich viele gut ausgebildete Personen, aber gleichzeitig den kleinsten Wähleranteil in der höchsten Einkommensklasse. Die SVP hat in ihrer Anhängerschaft einen höheren Anteil an wenig gut Ausgebildeten und auch an wenig Verdienenden, gleichzeitig hat sie aber auch einen hohen Anteil an sehr gut verdienenden Personen in ihrer Wählerschaft.

Die Wählerschaft der Mitte verteilt sich, vor allem hinsichtlich des Einkommens, über alle Gruppen hinweg relativ gleichmässig, bezüglich Bildungsabschlüsse sind die besser Ausgebildeten in der Wählerschaft weniger vertreten.

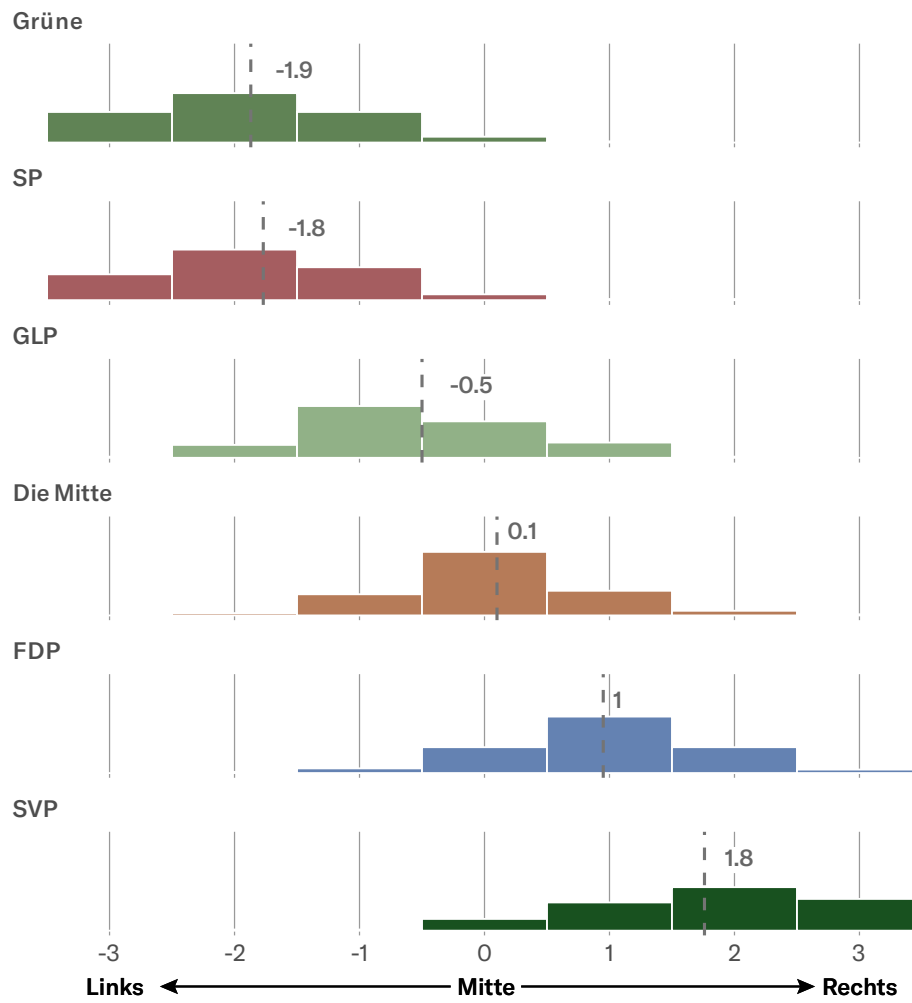
Abschliessend kann festgehalten werden, dass die Schere zwischen Bildung und Einkommen im rotgrünen Lager am stärksten auseinanderdriftet. Vor allem die Wählerschaft der Grünen weist deutlich mehr überdurchschnittlich Gebildete auf als wenig gut ausgebildete Personen. Gleichzeitig hat die grüne Partei vor allem Wählerinnen und Wählern aus unteren und mittleren Einkommensklassen. Dies trifft auch auf die SP zu. Zurückzuführen ist dies einerseits darauf, dass es sich bei der Wählerschaft der linken Parteien um eine im Durchschnitt häufig jüngere sowie weibliche Wählerschaft handelt, die weniger verdient. Andererseits sind auch postmateriell orientierte Personen, die gar kein hohes Einkommen anstreben, bei ihnen überdurchschnittlich vertreten.

5.3. SELBSTPOSITIONIERUNG AUF DER LINKS-RECHTS-ACHSE

Die Teilnehmenden der Befragung wurden gebeten, sich im politischen Spektrum zwischen links und rechts einzuordnen. Abbildung 55 zeigt das politische Profil der Wählerschaft der einzelnen Parteien. Fast identisch fällt die Selbstpositionierung der Wählerschaft der Grünen und der SP aus. Im Spektrum zwischen links (-3) und rechts (+3) positioniert sich die Basis der Grünen bei -1,9, die der SP bei -1,8. Die Anhängerschaft der GLP ist mit -0,5 leicht links der Mitte positioniert, während die Mitte mit +0,1 genau in der Mitte angesiedelt ist. Klar rechts der Mitte befindet sich hingegen die Wählerschaft der FDP. Ihre mittlere Position liegt bei 1. Die FDP hat einen leichten Rechtsrutsch erlebt und unterscheidet sich dadurch heute stärker von der ehemaligen CVP und der BDP bzw. der Mitte als von der SVP-Wählerschaft. Diese ist mit 1,8 die Partei, die am weitesten rechts im politischen Spektrum der Schweiz zu verorten ist.

Verteilung der Wählenden der Parteien im Links-rechts-Spektrum (Abb. 55)

«Wo würden Sie sich auf einer Skala zwischen «links» und «rechts» einstufen?»



Datenerhebung und Methode

Die Datenerhebung des SRG SSR Wahlbarometers fand zwischen dem 22. September und dem 5. Oktober 2023 statt. Die Befragung erfolgte online, die Teilnehmenden wurden einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von Sotomo rekrutiert. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 31'850 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden (Deutschschweiz: 26'274, Franz. Schweiz: 4661, Ital. Schweiz: 915).

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,2 Prozentpunkten.